

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementspreis für den Abonnenten...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die festgesetzte Annoncen-
zeile oder deren Raum 50 Pfg. für
politische und gesellschaftliche Vereins-
und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pfg.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Freitag, den 29. Juni 1917.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Der Dornenweg zum Frieden.

Stockholm — Petersburg — Bern — Wien.

Die Verhandlungen von Stockholm gestalteten sich
schwieriger und hemmungsreicher, als Optimisten angenommen
hatten. Die allgemeine Konferenz ist bis zur Befestigung der
Schwierigkeiten mit den Engländern und Franzosen ver-

Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte
eine wichtige Kundgebung zur Friedensfrage erlassen (die wir
im Wortlaut wiederholen, weil sie nur in einem Teil der
gestrigen Auflage enthalten war):

Petersburg, 26. Juni. (Meldung der Petersburger Telegraphen-
agentur.) Der Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte ganz Ruß-

Der gegenwärtige Krieg ist infolge der imperialistischen Ziele
entstanden, die in den leitenden Klassen aller Länder herrschen, die
danach streben, sich neue Märkte anzueignen und kleine und rüd-

Dieser Krieg führt zur völligen Erschöpfung
aller Länder und Völker und bringt die russische
Revolution an den Rand des Abgrundes. Er kostet
Millionen von Opfern, verdirbt Milliarden der Hülfquellen des
Volkes und droht, die als Erbe von dem alten Regime hinter-

Der Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte ganz Rußlands
ist der Ansicht, daß der Kampf für schnellste Beendigung
des Krieges daher die wichtigste Aufgabe der
revolutionären Demokratie darstellt, eine Aufgabe, die
sowohl durch die Interessen der Revolution, als auch durch das Ziel
der Arbeiter aller Länder gefordert wird, der gegenseitigen Ver-

Der Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte ganz Rußlands
ist der Ansicht:

Erstens, daß die Beendigung des Krieges durch
die Niederlage einer der kriegsführenden Par-
teien den Ausgangspunkt zum neuen Kriege
bilden, die feindseligen Gefühle unter den Völkern stärken und sie
zu völliger Erschöpfung, Hungernot und Untergang führen würde.

Zweitens, daß ein

Sonderfriede
eine der kriegsführenden Parteien stärken und ihr die Möglichkeit
geben würde, einen entscheidenden Sieg über die andere Partei
davonzutragen, wodurch die usurpatorischen Ziele der leitenden
Klassen gestärkt, Rußland nicht von dem Zustand des Weltimperia-

Daher weist der Kongress unter allen Umständen
jede Politik, die tatsächlich auf den Abschluß
eines Sonderfriedens oder eines Vorspiels dazu, eines
Sonder-Waffenstillstandes, abzielt, zurück.

Da die Beendigung des Krieges nur durch Vereinigung der
Anstrengungen der Demokratien aller Länder möglich ist, hält der
Kongress es für unerlässlich:

Erstens, daß die revolutionäre russische Demokratie durch Ver-
mittlung ihres Organs, nämlich der Soldaten-, Arbeiter-
und Bauern-Vertreter ganz Rußlands, einen Aufruf an die De-
mokratie aller Mächte richtet, damit diese den Wahl-
spruch „Friede ohne Annexionen und Entschäd-
igungen auf Grundlage des Selbstbestimmungs-
rechtes der Völker“ annehme, und in diesem Sinne ihre
Schweidernächte beeinflusse.

Zweitens, daß sie zu allen Maßnahmen zur schnellsten Wieder-
herstellung der revolutionären Internationale und zur Einbe-
ziehung eines internationalen Sozialistenkon-
gresses beitrage, um den internationalen Zusammenschluß der
Arbeiter wiederherzustellen und endgültige Friedensbe-
dingungen und die ihre Durchführung ermöglichten
den Maßnahmen auszuarbeiten.

Drittens, daß sie die Aufmerksamkeit der Demokratie aller
kriegführenden Länder darauf lenke, daß ein Aufruf an Kraft
Entschiedenheit in ihrem Einspruch gegen die letzten
Erklärungen ihrer Regierungen über die usurpatorischen Kriegs-
ziele die russische Revolution in eine sehr schwe-
rige Lage bringt und die durchaus nötige Vereinigung aller
Arbeiter verhindert.

Um alle diese Fragen zu lösen, ist es unerlässlich, sofort Ab-
ordnungen in die alliierten und neutralen Län-
der zu schicken und Abordnungen aller sozialisti-
schen Parteien dieser Länder nach Rußland ein-
zuladen. Der Kongress erhebt bestimmten Einspruch

gegen die Schwierigkeiten, die die imperialistischen Re-
gierungen der Entsendung solcher Abordnungen entgegenstellen
haben.

Angeichts dessen, daß die vorläufige revolutionäre
Regierung dieses Programm als Weg ihrer internationalen
Politik angenommen hat, ist es unerlässlich, daß die Re-
gierung baldmöglichst alle Maßnahmen ergreift, die in ihrer Macht
liegen, um die alliierten Mächte für dieses Programm zu
gewinnen. Der Kongress hält es für unerlässlich, daß die Regierung
schon von jetzt ab alle Maßnahmen ergreift, um die Nachprüfung
der Verträge mit den alliierten Regierungen und einen ausdrück-
lichen Verzicht auf jede usurpatorische Politik zu beschleunigen.

Um die von der Demokratie vorgezeichnete äußere Politik mit
Erfolg ins Werk setzen zu können, ist die schnellste Erneuerung
des Personals des Ministeriums des Äußeren sowie des diplo-
matischen Korps mittels seiner Demokratisierung not-
wendig.

Der Kongress erklärt, daß, solange der Krieg nicht durch die
Anstrengungen der internationalen Demokratie beschleunigt werden
wird, die revolutionäre russische Demokratie mit
allen Mitteln zur Verstärkung der Kampfkraft
der russischen Armee beitragen muß, und daß ihre Defensiv-
kraft ihrer Offensivkraft entspricht, denn eine Durchbrechung der
russischen Front würde eine Niederlage der russischen Revolution und
ein verhängnisvoller Schlag für die Sache der ganzen internationalen
Demokratie sein. Insbesondere ist der Kongress der Ansicht,
daß die Frage der Offensive ausschließlich vom
Standpunkt rein militärischer und strategischer
Erwägungen gelöst werden muß.

Der Aufruf der Arbeiter- und Soldatenräte steht in
direktem Gegensatz zu dem Geschrei der Bis-ans-Ende-Krieger
aller Länder, also auch Frankreichs, Englands und Amerikas.
Er spricht aus, daß ein überwältigender Sieg des einen Teils
über den anderen nicht erwünscht ist, und daß die Möglichkeit
eines solchen deutschen Sieges nicht durch den Abschluß
eines deutsch-russischen Sonderfriedens geschaffen werden darf.
Die Schwierigkeiten, auf die Rußlands Friedensbemühungen
stoßen, wären wesentlich erleichtert worden, wenn die deutsche
Regierung bindend erklärt hätte, daß sie auch im Westen
nichts anderes anstrebe als die Verteidigung und Erhaltung
des Reiches.

Auch der neue Aufruf läßt den Wunsch nach einer pro-
letarischen Revolution in allen Ländern anklingen, seinen
Urhebern scheint jedoch nicht das Verständnis dafür zu fehlen,
daß eine deutsche Revolution, die im gegenwärtigen Augen-
blick ausbräche — die Möglichkeit ihres Gelingens voraus-
gesetzt — binnen vierzehn Tagen die Engländer nach Köln
und die Franzosen nach Frankfurt a. M. bringen würde.
Dies wäre ein Sieg des westlichen Imperialismus, den hin-
wiederum der A. und S.-Rat selbst nicht wünscht. Man
sieht, die Dinge liegen so, daß ihnen mit einer einfachen
Formel nicht beizukommen ist.

In engem Zusammenhang mit den Vorgängen in Peters-
burg steht der

Fall Grimm-Hoffmann,

über den am Mittwoch im Berner Nationalrat ausführlich
verhandelt worden ist. Der Vorsitzende des Neutralitäts-
ausschusses, Spahn-Schaffhausen, verlas den in der Haupt-
sache schon bekannten Text der Depesche Grimms an Hoff-
mann, der jedoch folgende bisher unbekanntes Stelle enthält:

Hemmungen bereitet Frankreich, Hindernisse England. Die
Verhandlungen schweben gegenwärtig, und die Aussichten sind
günstig. In den nächsten Tagen ist ein neuer verstärkter Druck zu
erwarten.

Spann erfaßte den Kern der Angelegenheit, indem er
sagte: Hoffmann habe den allgemeinen Frieden im
Auge gehabt, er habe aber übersehen, daß sein Schritt von
den Westmächten als eine Bemühung um den Sonder-
frieden, also als eine unfreundliche Handlung aufgefaßt werden
konnte.

Auch der französische Berichterstatter der Kommission,
Secretan, sagte, es bedürfe eines kräftigen Gehirns, um
Hoffmann als einen deutschen Agenten zu bezeichnen. Unser
alter Genosse Greulich stellte ein ähnliches Zeugnis auch
dem Nationalrat Grimm aus. Dieser habe aber den un-
geheuren Fehler begangen, sich durch seine Beteiligung an
den Kronstädter Vorfällen mißlieblich zu machen. Im Laufe
der Debatte geriet Greulich in eine heftige Auseinandersetzung
mit dem Welch-Schweizer Bossi, dem er zurief:

„Ich unterseide mich von Ihnen dadurch, daß ich mich soli-
darisch fühle mit denen, die in allen Ländern gegen den
Krieg und für den Frieden arbeiten, während Sie,
Derr Bossi, sich solidarisch fühlen mit allen Chauvinisten und
Kriegshegern.“

Grimm selbst hat inzwischen noch immer alle Hände voll
zu tun, um sich von dem albernen Verdacht zu reinigen, daß
er ein Agent der deutschen Regierung sei. Er hat bisher
geglauvt, das einzig richtige Rezept zur raschen Herbeiführung
des Friedens in der Tasche zu haben, er hat alle, die von
der Vollkommenheit seiner Methoden nicht überzeugt waren,
maglos beschimpft und selber den deutschen Sozialdemokraten
das Schimpfwort „Agenten der deutschen Regierung“ an den
Kopf geworfen. Jetzt sieht er, wie schwer das Friedenmachen
ist, wenn man an das Problem ernstlich herantritt und wie
leicht man in den Verdacht kommt, ein „Agent der deutschen
Regierung“ zu sein!

Während die Arbeiter- und Soldatenräte ihren Aufruf
erließen, der schweizerische Nationalrat die Pein des Falles
Grimm-Hoffmann über sich ergehen ließ, gab es auch eine neue

Friedensdebatte im österreichischen
Abgeordnetenhaus,

über deren Verlauf wir gestern schon berichteten. Die Rede
des Ministerpräsidenten v. Seidler erscheint in der Sache
als ein befremdender Schritt zurück und in der Form als
eine Bräuterei der „wahren Demokratie“, die doch der
junge Kaiser Karl in seiner Thronrede selbst angerufen hatte.
Seine Erklärung, das Recht, Frieden zu schließen, stehe allein
dem Kaiser zu, hat einen Ton, den man in Preußen als
schmählich bezeichnen würde. Sie zog aber dem Redner
eine prompte Abfuhr durch unseren Genossen Seitz zu, der
unter dem stürmischen Beifall des Hauses das Selbst-
bestimmungsrecht der Völker gegen die Annahme der Czernin-
Seidlerschen Regierung verteidigte.

Der Vorgang im Wiener Reichsrat ist recht auffällig.
Die Haltung der österreichisch-ungarischen Regierung in der
Friedensfrage hat bis vor kurzem den deutschen Friedens-
freunden als nahezu vorbildlich gegolten. Woher dieser Um-
schwung? Sind jetzt auch in Oesterreich jene Kräfte am
Werk, die bei uns in Deutschland schon so entsetzlich viel
Schaden angerichtet haben?

Stockholm.

Die russische Delegation.

Stockholm, 28. Juni. (Vgl. Drahtber. des „Vorwärts“.) Das
Exekutivkomitee des russischen Arbeiter- und Soldatenrats bestimmte
nach einer hier vorliegenden Mitteilung, Ehrlich und Goldberger,
vielleicht auch Jermolajew als Vorbereiter der allgemeinen Konferenz
nach Stockholm zu entsenden. Die Abreise der Genannten soll
baldigt erfolgen.

Die Vorkonferenz der Entente-Sozialisten.

Der schweizerische Freitelegroph meldet aus Paris: Die
französische sozialistische Partei übermittelte dem
Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat die Entschliegung des
sozialistischen Nationalrates vom 28. Mai. In einem Begleit-
schreiben wird auf den Beschluß der französischen Regierung, den
französischen Delegierten nach Stockholm die Pässe nicht auszu-
händigen, aufmerksam gemacht. Der Schreiber drückt den Wunsch
aus, daß die Stockholmer Konferenz in jedem Falle
erst nach einer Verständigung zwischen den russischen und fran-
zösischen Sozialisten über die Tagesordnung stattfinden soll.

Petersburg, 27. Juni. (Petersburger Telegraphen-Agentur.)
Der Vollzugsausschuß des Petersburger Arbeiter- und Soldaten-
rates hat in Uebereinstimmung mit dem Bureau des Kongresses der
Arbeiter- und Soldatenräte ganz Rußlands beschlossen, demnächst eine
besondere Abordnung nach Stockholm und nach Frankreich und Eng-
land zu senden, um so bald wie möglich die Berufung einer inter-
nationalen Konferenz auf der Grundlage des vom Vollzugsausschuß
angenommenen Programms vorzubereiten. Die Abordnung wird
aus sechs Mitgliedern bestehen, deren Wahl vom Kongress aller
Arbeiter- und Soldatenräte gutgeheißen werden soll.

Die Verschiebung der Konferenz.

Aus Stockholm wird uns geschrieben: Unzweifelhaft wird
die Verschiebung der vom Arbeiter- und Soldaten-Deputiertenrat
in Petersburg einberufenen allgemeinen sozialistischen Friedens-
konferenz in allen Arbeiterkreisen Aufsehen und zwar kein
freundliches werden. Inwiefern: Konnte der Arbeiter- und Soldatenrat
anders handeln? Durch die Paßverweigerung der fran-
zösischen, italienischen und auch der nordamerikanischen Regierung
gegenüber den Abordnungen der sozialistischen Parteien dieser
Länder nach Stockholm sowie durch die sehr sonderbare
Art, in der die englischen Sozialisten an der Reise
nach Schweden verhindert werden, eine angebliche Weigerung der
Seeleute in einem Lande, das jetzt ebenso wie alle anderen die
strengsten Befehle gegen jegliche Sabotage des Verkehrs hat, ist es
diesen Delegationen unmöglich, zu dem vom Arbeiter- und
Soldatenrat geplanten Termin, das ist zwischen dem 11. und
21. Juli, hier einzutreffen. Dabei mag auch ein Mißverständnis
insofern mitspielen, als der Unterschied zwischen der europäischen,
amerikanischen und russischen Zeitrechnung den Termin noch als
weit früher gesetzt erscheinen lassen konnte. Aber so oder so —
wäre die Konferenz ohne die heftigsten Abordnungen aus den
Ententestaaten zusammengetreten, so hätte sie den russischen Kriegs-
parteien die Möglichkeit gegeben, den Arbeiter- und
Soldatenrat der Geneigtheit zu einem Sonder-
frieden zwischen Rußland und den Zentral-
mächten zu beschuldigen und dadurch die wöchentlich nicht ge-
ringen inneren Schwierigkeiten der jungen russischen Demokratie sehr
erheblich zu vergrößern.

Die sachlichen Gründe für die Verschiebung können demnach ver-
standen werden. Eine andere Frage ist es, ob das neue Rußland
nicht beizeiten die Entstellung der Pässe in den übrigen Ententestaaten
hätte durchsetzen können, aber darüber steht uns, zumal bei den
geringen Möglichkeiten, sich zu informieren, ein Urteil nicht zu.

Die Frage ist jetzt, ob die Verschiebung selbst den Kongress-
gedanken nicht schwächt und ob zwar mit einem späteren Datum,
aber sicher, mit dem Zustandekommen einer Welt-

Friedenskonferenz auch weiter gerechnet werden kann. Wir dürfen diese Frage bejahen. Von den Sozialisten aller Länder, die sich nicht nur Sozialisten nennen, sondern es auch wirklich sind, wissen wir, daß sie alles tun, um den Frieden zu fördern und von der übrigen Masse der Völker sind wir überzeugt, daß ihr Friedenswunsch und Wille mit jedem weiteren Tage des Krieges wachsen muß und dieser Wille wird nicht nur die kleinlich-erbärmliche Maßnahme der Baherweiterung hinwegfegen, er wird noch ganz andere Taten vollbringen, wenn man sich ihm entgegenstemmen wird.

Wir geben keinen Pfifferling für den dauernden Bestand des Kurzes Lloyd George-Wilson-Boselli, wir fühlen es aber an diesem Tage der Enttäuschung, daß der Gedanke der sozialistischen Weltumdeutung für den Frieden nicht tot, nicht einmal geschwächt sein kann, sondern daß er nun erst recht Wurzel schlägt.

Wahlrechtsdemonstration in Budapest.

Abspaltung der Tisza-Partei.

Mittwoch abend veranstalteten die Sozialdemokraten eine Kundgebung gegen die Tisza-Leute, an der sich über 30 000 Arbeiter beteiligten. Als die Arbeiter nach 8 Uhr aus den Fabriken kamen, zogen sie geschlossen ins Innere der Stadt. Besonders zahlreich war das weibliche Element vertreten. Die Demonstrationen marschierten unter Hochrufen auf das Wahlrecht in den Hof des Rathauses, wo eine Volksversammlung aus dem Stregreif abgehalten wurde. Eine Gruppe der Manifestanten trug einen Sarg mit der Aufschrift: Hier ruht Tiszas Wahlrecht! Zahlreiche sozialistische Führer hielten Reden, in denen die sofortige Einführung des allgemeinen Wahlrechts gefordert wurde.

Die Menge zog hierauf zum Klub der Tisza-Partei, der von einem Polizei-Kordon umgeben war. Hier entstand ein Tumult, der nicht ungefährlich ausfiel, als plötzlich der Staatssekretär im Ministerium des Innern Dr. Palugyay unter der Menge erschien und sie mit wenigen Worten beruhigte. Er sagte den Leuten, sie müßten nur mutig für das Wahlrecht kämpfen, sich aber für jetzt ohne Lärm zerstreuen. Dies wirkte vorzüglich auf einen großen Teil der Manifestanten. Nur eine kleine Gruppe durchstreifte noch die Straßen bis Mitternacht. Dann trat Ruhe ein. Die Polizei stellte nur sehr wenige Personen fest. Die gestrige Demonstration war die großzügigste, die bisher jemals gegen den Großen Tisza eingeleitet worden ist.

Die Vorlage über das Ermächtigungsgesetz wurde vom ungarischen Abgeordnetenhaus mit der Abänderung, daß sie bloß auf vier Monate statt der von der Regierung geforderten sechs Monate Gültigkeit haben solle, mit 141 gegen 127 Stimmen angenommen. Dieses Abstimmungsresultat, welches für die oppositionelle Tisza-Partei eine Mehrheit von 14 Stimmen ergibt, wurde seitens der Regierungspartei mit den ironischen Rufen ausgenommen: „Das ist also die grothartige Mehrheit, wo sind die übrigen 100 Mitglieder?“ Tatsächlich haben sie trotz wiederholter Mahnung der Parteileitung von der Tisza-Partei ungefähr 100 Mitglieder der Abstimmung fern gehalten, was als Zeichen aufgefaßt wird, daß diese 100 nicht hieb- und stichfest sind.

Budapest, 28. Juni. Im Abgeordnetenhaus erklärte der Minister des Innern Ugron auf eine oppositionelle Anfrage über gestern in Budapest veranstaltete Kundgebungen: Sämtliche Redner, welche während der Kundgebung gesprochen haben, ermahnten, die Ordnung aufrechtzuerhalten. Diese Mahnung wurde auch von der organisierten Arbeiterschaft genau befolgt. Inzwischen haben kleinere Trupps Ausschreitungen verübt und Schaufenster eingeschlagen. Die Polizei hat diese pöbelhaften Ausschreitungen, welche die sozialdemokratische Arbeiterschaft als gegen die Kundgebung gerichtete Frevel auf das entschiedenste verurteilt, in Nichtbeachtung der Weisung des Ministers nicht zu verhindern gesucht. Der Oberstadthauptmann hat im Gefühle der Verantwortlichkeit für dieses Vorgehen, seine Entlassung angeboten, welche auch angenommen wurde. Die Regierung beabsichtigt, für die durch die Ausschreitungen angerichteten Schäden Entschädigung zu gewähren. (Lebhafte Zustimmung.)

In derselben Sitzung wurde auch das Abankungsschreiben des Präsidenten Paul Koehly zur Kenntnis genommen.

Denizelos und Italien.

Das Kabinett Denizelos ist bereits gebildet. Denizelos übernimmt neben dem Vortritt auch das Kriegsministerium. Nikolis ist Minister des Innern, Politis Minister des Aeußeren und Konduriotis Marineminister. Auch die übrigen Ministerien sind unverzüglich besetzt worden. Die Angelegenheit widelte sich glatt, aber doch unter erheblichen Vorbehaltmaßnahmen ab. Das gab meist über die Stunde, in der die kurz vorher im Piräus angekommenen „Mitarbeiter“ Denizelos im Königspalast den Eid ablegten: Französische Truppen und kreisige Gendarmen hielten den Versammlungspalast und die Straße zum Königspalast besetzt. Die Hauptplätze waren ebenfalls besetzt worden. Die „Times“ ergänzt das Bild: Die Truppen haben alle Zugänge zu der Stadt besetzt. Auf den Mauern der Akropolis stehen Wachposten und im Parthenon lagern keine Abteilungen. Zugleich setzt das die Meldung in Umlauf: Die Ausöhnung zwischen den Offizieren von Athen und denen der nationalen Verteidigung ist zustande gekommen. Die Blutsfeindschaft zwischen beiden Gruppen wäre etwas plötzlich und gegenläufig umgeschlagen.

Wenn es nach den Wünschen geht, die in einem Athener Sonderbericht des „Matin“ sichtbar werden, so wird Denizelos sofort nach Entlassung des Parlamentes ein Programm vorlegen, das, wie der Bericht sagt, zweifellos den Vorschlag an Griechenland enthalte, sich den Alliierten anzuschließen. Die gegen die Bulgaren kämpfende Armee solle unter Befehl des Staates dort bleiben; zu freiwilligen Meldungen für die Armee solle ermutigt werden. Man habe Anlaß zu der Vermutung, daß Denizelos einen lebhaften Feldzug unternehmen werde, um darzulegen, das Interesse und die Würde Griechenlands seien unauflöslich mit der Sache der Alliierten verknüpft. Deshalb müsse Griechenland sie vorbehaltlos unterstützen.

Diese Wünsche verursachen jedoch den italienischen Orientalpolitikern ein sehr saures Gesicht. Sie sehen in Denizelos immer noch einen gefährlichen Rivalen, der sich ihren Zielen, zumal jetzt höchst unbequem in den Weg drängt. Das „Giornale d'Italia“ fordert geradezu eine Art Erklärung, daß das neue Griechenland im Einklang mit Italien leben wolle, und die „Perserveranza“ führt aus: Frankreich und England seien im Irrtum, wenn sie glaubten, durch Denizelos die Kriegslust Griechenlands für die Sache der Entente wecken zu können. Den König zu entthronen sei leichter, als das Volk in den Krieg zu stürzen. Italien werde unbedingt an seinem Vorgehen festhalten. Es könne dem Hellenismus nicht gestatten, wichtige italienische Interessen in Süditalien und im Ostmittelmeer anzutasten. Den Alliierten sei dieser Standpunkt bekannt. Auch beweise Sonninos diesbezügliche Politik Klarheit und Entschiedenheit.

Italien hofft und drängt, daß der Angriff der Entente gegen Kleinasien nun endlich seinen schneidigen Anfang nehme. Aber der

Beschießung von Dünkirchen — Beschießung von Ostende — In Flandern und im Artois stellenweise heftiges Feuer — Rege Feuer-tätigkeit in Ostgalizien.

Amlich. Großes Hauptquartier, den 28. Juni 1917. (W. T. S.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Schwere Fernfeuer-Batterien beschossen gestern mit beobachteter Wirkung die englisch-französische Hafenseftung Dünkirchen. Mehrere Schiffe liefen eiligst aus. Als Erwiderung wurde vom Feinde Ostende unter Feuer genommen; militärischer Schaden entstand nicht.

In den englischen Gräben an der Küste verursachte eine Beschießung durch unsere Artillerie und Minenwerfer starke Zerstörungen.

Nach ruhigem Vormittag nahm gegen Abend die Feuer-tätigkeit in einigen Abschnitten der flandrischen und der Artois-Front ziemlich Heftigkeit an.

Südöstlich von Riouport wurde von unseren Stoßtruppen ein belgischer Posten aufgehoben; bei Hooge schlug ein feindlicher Erkundungsvorstoß fehl.

Südlich der Straße Cambrai—Arras erlitten die Engländer bei Säuberung eines Grabens durch westfälische und rheinische Sturmtruppen erhebliche Verluste an Gefangenen und Toten.

Im Vorfeld unserer Stellungen nördlich von St. Quentin entspannen sich mehrfach kleine Gefechte unserer Posten mit englischen Abteilungen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Au einzelnen Stellen nördlich der Maas, nördlich von Reims und in der Westkampagne kam es zu lebhaften Artilleriekämpfen.

Zusammenbruch der griechischen Neutralitätsregierung, an dem Italien mitgeholfen, droht diesem Angriff eine Form zu geben, die den Sonnino und Boselli wenig in den Stram passen würde. Das wird sie trotzdem nicht belehren, daß ihre Orientpolitik von Anfang an ein Wahntum gewesen ist.

Offiziöser Kommentar zur Kriegszielrede Seidlers.

Die „Neue Freie Presse“ schreibt zu der vom Minister des Aeußeren Grafen Czernin durch den Mund des Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler erfolgten Antwort auf die Interpellationen über den Frieden u. a.:

Die Entente will, daß die künftige Verfassung beider Staaten der Monarchie am Tische der Friedenskonferenz ausgearbeitet werden soll. Darauf antwortet Graf Czernin, daß er den Grundgedanken einer dauerhaften Friede müsse aus dem Selbstbestimmungsrecht der Völker hervorgehen, nicht anerkannt habe. Das sagt er nicht dem Parlament, sondern dem Feinde. Das Recht des Kaisers wird nicht gegenüber dem Parlamente, sondern gegenüber Wilson und Lloyd George hervorgehoben. Die Friedenspolitik der Monarchie kann nach so vielen ersten Kundgebungen als eine der wenigen sicheren Tatsachen in der Bewirtung und Zerrüttung von Europa gelten. Die russische Formel von Frieden ohne Annexionen und ohne Kriegsschädigung wurde hier zuerst anerkannt, das Selbstbestimmungsrecht des russischen Volkes wurde von beiden Staaten der Monarchie niemals angefaßt. Die leitenden Staatsmänner in Wien und Berlin erklärten sofort nach Ausbruch der Revolution und nach Abdankung des Kaisers Nikolau, daß sie keinerlei Einmischung in die inneren Verhältnisse Rußlands machen und nicht nach innen. Ein ehrenvoller Friede ist der Wunsch aller Volksschichten in der Monarchie. Der Freimut, mit dem sie dazu sich bekannt hat, war die Politik des Grafen Czernin.

Die letzte österreichische Kriegszielkundgebung, die der neue Ministerpräsident veranstaltet hat, leugnet das Selbstbestimmungsrecht der Völker und stellt das dynastische Recht voran. Die „Neue Freie Presse“ mildert durch ihre Auslegung die Schroffheit dieses Ausspruches, indem sie ihn als eine Absage an jene Feinde erklärt, die sich in die inneren Verhältnisse der Monarchie einzumischen wollen. Aber dieses Ziel hätte auch ohne jene fatale Berufung auf das monarchische Herrschaftsrecht erreicht werden können, das das moderne Bewußtsein so sehr verpönt.

Zum Ueberdruß besteht jenes monarchische Herrschaftsrecht nicht. Zwar schließt der österreichische Kaiser Krieg und Frieden, aber jede Veränderung des Gebietes oder des staatsrechtlichen Aufbaus Oesterreichs bedingt die Zustimmung des Reichsrats.

Schluß mit den Militärgerichten in Oesterreich!

Die Wiener „Arbeiterzeitung“ hat nicht umsonst Proben der Militärgerichtsbarkeit geliefert, die entgegen dem Staatsgrundgesetz auch auf Zivilpersonen ausgedehnt worden war. Aus Wien wird gemeldet: Der Verfassungsausschuß des Abgeordnetenhauses nahm den Antrag des Sozialdemokraten Peenerstorfer an, den § 14-Verordnungen betreffend Aufhebung der Geschworenengerichte die Genehmigung zu versagen, ferner den Antrag Hummer, der die Regierung auffordert, eine Vorlage betreffend Ausdehnung der Verfassung zum Geschworenennam auf weitere Schichten und betreffend Vorsorge für eine Entschädigung der Geschworenen einzubringen.

Die Aufhebung der Geschworenengerichte seit Kriegsbeginn ist entgegen den klaren Bestimmungen des Staatsgrundgesetzes mit einer Rotverordnung auf Grund des schlecht beleumundeten § 14 durchgeführt worden. Eine solche Verordnung muß dem Abgeordnetenhaus vorgelegt werden und erlischt, wenn sie nicht genehmigt wird. Das ist — glücklicherweise! — nun geschehen.

Was aber soll mit den vielen Tausenden geschehen, die ohne Recht in Rechtsform abgeurteilt wurden? Die Toten werden nicht mehr lebendig. Aber für die Unglücklichen, die hinter Kerlermauern schmachten, gibt es noch eine Rettung: Amnestie.

Vor der handelspolitischen Neuorientierung.

Neuer meldet aus London: Im Unterhause teilte Bonar Law mit, daß die italienische Regierung ihre Handelsverträge, durch die die italienischen Tarife und Einfuhrzölle festgelegt wurden, bis auf zwei gelündigt habe. Die französische Regierung habe erklärt, sie beabsichtige gleichfalls, ihre Handelsverträge zu kündigen. Die britische Regierung erwäge nun die gleiche Maßnahme.

Die Erklärung des englischen Schatzkanzlers beweist, daß die Entente mit der Neuordnung der handelspolitischen Beziehungen nicht bis zum Frieden warten, sondern sich rechtzeitig rüsten will, um Deutschland auch in dieser Beziehung geschlossen entgegenzutreten. Mit dieser angestrebten Geschlossenheit ist es freilich ein

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Au Hartmannsdorferkopf machten Erkunder eines württembergischen Regiments durch Einbruch in die französischen Gräben eine Anzahl Gefangene.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

An der ostgalizischen Front dauert die rege Feuer-tätigkeit an. Mazedonische Front.

Keine besonderen Ereignisse.

Der Erste Generalquartiermeister. Lubendorf.

Abendbericht.

Amlich. Berlin, 28. Juni 1917, abends.

Im Westen außer vormittags lebhafter Gefechts-tätigkeit an der Straße Lens—Arras nichts Besonderes. Im Osten ist die Lage unverändert.

Der österreichische Bericht.

Wien, 28. Juni 1917. (W. T. S.) Amlich wird verkauft:

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Im galizischen Frontabschnitt nördlich des Dnjestr war die feindliche Artillerie anhaltend lebhaft tätig. Aufführungs-abteilungen des Gegners versuchten an mehreren Stellen vergeblich vorzugehen. Einige erfolgreiche Luftkämpfe.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Außer den gemeldeten Gefangenen wurden bei der Wiedereroberung des Monte Ortigara 52 Maschinengewehre, 2 Minenwerfer, 7 Geschütze und 2000 Gewehre erbeutet. Hauptmann Heyrowsky hat am 26. Juni über dem Wippachtal zwei Flieger abgeschossen.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Unverändert.

Der Chef des Generalstabes.

eigen Ding: erstens fehlt Rußland im Grunde und zweitens sind Frankreich und Italien Wettbewerber in der Wein- und Südfrucht-ausfuhr, während das verpönte Deutschland dafür einen großen Markt bietet.

Russischer Botschafter-Ersatz.

Nach einem Sonderbericht des „Temps“ aus Petersburg erklarte Terechtschenko über die diplomatische Vertretung Rußlands in Frankreich und England, Rußland werde vorläufig keine Botschafter für Paris und London ernennen, sondern außerordentliche diplomatische Missionen, wie die nach den Vereinigten Staaten entsenden, zusammengesetzt aus Vertretern der verschiedensten politischen Strömungen, die als wirkliche Dolmetscher der Gefühle des ganzen russischen Volkes beglaubigt werden sollen.

Generalstreik in Finnland in Sicht.

Stockholm, 27. Juni. (Fig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der finnische Parteitag erklärte für den Fall, daß die Bürgerlichen durch Obstruktion die gesetzliche Einführung der Gemeindefortschrittform und des Achtstundentags verhindern, den Generalstreik für drohend und ermächtigte den Parteivorstand, den Generalstreik nötigenfalls zu organisieren.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 27. Juni. Neue U-Boot-Erfolge im englischen Kanal in der Biscaya und Nordsee: Fünf Dampfer, vier Segler mit

21 700 B.-R.-T.

Unter den versenkten Schiffen befanden sich die französischen Segler Ernehine mit Grubenholz nach England und Eugène Eugénie, der portugiesische Dreimast-Gasselschoner Amphitrite mit 300 Tonnen Butter, Kaffee und Wein nach Frankreich, ferner ein großer bewaffneter Landdampfer von über 8000 B.-R.-T., ein bewaffneter Dampfer von etwa 3000 Tonnen und ein tiefgeladener großer Frachtdampfer, die beide aus Gletschjügen herausgeschossen wurden. Zwei weitere versenkte Schiffe hatten Kohlen geladen.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Ueberlebende von L 48.

London, 27. Juni. Neutermeldung. Es wird bekannt gemacht, daß der Besatzhabe und zwei von der Mannschaft des Zeppelins, der am 16. Juni herabgeschossen wurde, lebend herunterkamen und gefangen genommen wurden. Die zwei Mann waren schwer verletzt, so daß man an ihrem Aufkommen zweifelte, aber sie sind am Leben geblieben.

Das Luftschiff L 48 war, wie wir seinerzeit meldeten, brennend ins Meer abgestürzt.

Ein 13 000-Tonnen-Dampfer gesunken.

Amsterdam, 28. Juni. (Telunio.) Aus London wird gemeldet: Der Dampfer Mongolia von der Peninsular and Oriental Line ist in der Nähe von Bombay auf eine Mine gelaufen und gesunken. Es sind drei Boote mit einer Anzahl Passagiere und Mitgliedern der Besatzung angekommen. Die gesamte Post ist verloren gegangen. Die Mongolia hatte einen Bruttotonninhalt von 13 639 Tonnen und war im Jahre 1914 erbaut worden.

Die Fernfeuerkämpfe an der flandrischen Front

Berlin, 28. Juni. W.T.S. Die flandrische Front stand am 27. Juni im Zeichen schwerer Fernfeuerkämpfe. Die deutsche Beschießung des Hafens von Dünkirchen und des Bahnhofes Adinkerke war von außerordentlicher Wirkung. Es wurden zahlreiche Treffer beobachtet. Die Engländer versuchten mit einem 30-Zentimeter-Geschütz auf Ostende zu antworten. Es wurde jedoch kein militärischer Schaden angerichtet, nur ein Belgier wurde verletzt. Bereits nach den ersten Schüssen wurde das englische Geschütz von deutschen Fernbatterien unter Feuer genommen und zum Schweigen gebracht. An verschiedenen Stellen der Front wurden die feindlichen Gräben planmäßig unter zusammengefaßtes Artillerie- und Minenfeuer genommen; schwere Beschädigungen konnten festgestellt werden. Die englische Gegenwirkung war gering. Bei dem Versuch, die deutsche Artillerie zum Schweigen zu bringen, wurden die britischen Batterien von den deutschen unter Feuer genommen und eingedeckt. Bei guter Sicht wurde das Feuer von den deutschen Artilleriefliegern in vorbildlicher Weise geleitet. Es konnten zahlreiche Explosionen in den englischen Batteriestellungen festgestellt werden. Südlich Riouport, nördlich Opern und La-Bassée-Wille wurden Gefangene eingebracht.

Bei Fontaine wurde das in den Kämpfen der letzten Tage noch in englischer Hand gebliebene kleine Grabenstück durch Stoßtrupp

eines rheinisch-westfälischen Regiments getäubert. Während Artilleriefeuer die Verbindung nach rückwärts abschnitt und Maschinengewehre in hervorragender Weise von der Flanke aus wirkten, wurde die Befehlsführung von den Stoßtruppen angepaßt und übermächtig. Die blutigen Verluste der Engländer waren erheblich. Die überlebenden zwei Offiziere und 62 Mann wurden gefangen genommen.

Die feindlichen Heeresberichte.

Fransösischer Heeresbericht vom 27. Juni nachmittags. Der Artilleriekampf dauert sehr lebhaft fort in der Gegend des „Denkmal“ und bei Hurbelise. Die Deutschen machten keinen neuen Angriff gegen die Stellungen, welche wir am 26. Juni genommen hatten. Nach den letzten Nachrichten befindet sich unter den ausgebauten Stellungen, die wir am 26. eroberten, eine umfangreiche Höhle von mehr als 300 Meter Tiefe, die in eine wirkliche Festung mit zahlreichen Ausgängen umgewandelt ist. Der Kamin, von wo Maschinengewehre auftauchten, stellt einen wichtigen Waffenplatz und Ausgangspunkt für feindliche Angriffe dar. Es fand sich dort beträchtliches Gerät angehäuft. Neun Maschinengewehre in gutem Zustande, mehr als 300 Ausdrückungen, zahlreiche Gewehre, Munitionslager, elektrische Scheinwerfer und ein Verbandplatz fielen uns in die Hände. Bisher sind gezählt 840 Gefangene, darunter 10 Offiziere. In der Champagne westlich des Cornilletberges scheiterte ein feindlicher Handstreich in unserem Feuer. Unsererseits machten wir einen Einbruch in die deutschen Linien bei Maisons de Champagne, wobei wir etwa 10 Gefangene zurückbrachten. Gestern 8 Uhr abends warfen feindliche Flugzeuge Bomben auf Nancy ab; weder Menschenverluste noch Sachschaden.

Vom 27. Juni abends. Die Artillerie zeigte sich auf beiden Seiten in der Gegend von Hurbelise, bei Craonne, auf den Höhen südlich von Moronvilliers und im Abschnitt von Avocourt tätig. Keine Infanterietätigkeit.

Die Eröffnung der Generalstaaten.

Die Generalstaaten der Niederlande wurden gestern zu einer außerordentlichen Session eröffnet. In der von der Königin gehaltenen Thronrede heißt es:

Die aufgelösten Kammern der Generalstaaten haben fast einstimmig den Wunsch nach einer Verfassungsänderung auf dem Gebiete des Wahlrechts und des Unterrichts wesen ausgeprochen. Es ist die Aufgabe der Generalstaaten, die heute zusammentreten, darüber zu entscheiden, ob die angefangenen Arbeiten vollendet werden sollen. Wenn der von Millionen ersehnte Frieden auch dieses Jahr ausbleibt, so wird das niederländische Volk auch weitere Opfer mancher Art bringen müssen. Obwohl die Finanzlage dank der Erhebung neuer Steuern nicht besorgniserregend genannt werden kann, bleibt doch eine ansehnliche Stärkung der Geldmittel unvermeidlich. Unsere Beziehungen zu allen ausländischen Mächten sind andauernd günstig. Wenn auch vieles zur Dankbarkeit stimmt, so verheßen wir doch nicht, daß unserem Lande, solange der Krieg währt, Gefahren drohen und daß unser Volk noch dazu genötigt werden kann, seine äußersten Kräfte für seine Freiheit und seine Unabhängigkeit einzusetzen.

Kleine Kriegsnachrichten.

Fliegerleutnant Almenroeder, einer der Besten der Jagdstaffel Richthofen, ist am 27. Juni im Luftkampf an der Westfront gefallen. Der Heeresbericht vom 28. Juni nannte den erst 23jährigen Streiter noch als Sieger über das 30. feindliche Flugzeug.

Neuer französischer Generalstabchef. Die „Petit Parisien“ meldet, daß Brigadegeneral Vidale, bisheriger Rabinetschef im Kriegsministerium, zum Generalstabchef der französischen Armee ernannt worden.

Ein Protest wegen Albanien. Einer Meldung von „Secolo“ aus Saloniki zufolge hat Essad Toptani an die Entente Regierungen eine Protestnote gegen die italienische Proklamation der albanischen Unabhängigkeit gerichtet.

Politische Uebersicht.

Die Freiheit der Presse.

Die „Frankfurter Zeitung“ teilt mit: „Aus Gründen, die sich, wie wir gestern schon meldeten, öffentlicher Bekanntheit entziehen, sehen wir uns veranlaßt, den politischen Teil bis auf weiteres ohne eigene Meinungsäußerung erscheinen zu lassen. Redaktion und Verlag der „Frankfurter Zeitung“.

Datum: 27. Juni 1917. (Siebenundzwanzigster Tag des elften Monats des dritten Jahres des Weltkriegs!)

Zwangserziehung zu guter Gesinnung.

Preussisches aus großer Zeit.

Ein ungeheurerlicher Fall politischer Justiz wird dem „Berliner Tageblatt“ aus Juristenkreisen mitgeteilt. Der minderjährige Arbeiter L. hatte sich durch radikale Agitation unter der Elberfelder Arbeiterjugend hervorgetan und sich auch an Leuerungsdemonstrationen beteiligt. Daraufhin leitete der Oberbürgermeister von Barmen und das dortige Vormundschaftsgericht das Fürsorgeerziehungsverfahren gegen ihn ein.

Das Landgericht lehnte die Verhinderung des jungen L. in Fürsorgeerziehung ab, weil selbst überspannte oder gar gemeinschädliche politische Gesinnung und ihre Betätigung nicht als sittliche Mängel anzusehen seien; außerdem würde die Fürsorgeerziehung in diesem Falle ganz gewiß keinen Erfolg haben, sondern den davon Betroffenen nur um so verbitterter und gesellschaftsfeindlicher machen. Auf eine Beschwerde des Oberbürgermeisters hat jetzt das Kammergericht diese vernünftige Entscheidung aufgehoben und zur Begründung erklärt, es sei Sache der verantwortlichen Stellen, dafür zu sorgen, daß auf den Minderjährigen in nationalem Sinne eingewirkt werde. Die Gefahr einer sittlichen Verwahrlosung sei ohne weiteres gegeben, wenn der Minderjährige dem Vaterland entfremdet oder gar feindlich gesinnt werde.

Soweit der Tatbestand! Man hat uns Sozialisten aufgedrückt, dem Ausland zu sagen, daß wir die freiesten Zustände in der Welt besitzen. Und nun das! Man hat uns vorgeworfen, daß wir unser Vaterland, zumal das preussische, schlecht gemacht und dadurch den Gegnern Waffen geliefert hätten. Nein, wir würden dem Ausland Waffen gegen das ganze deutsche Volk liefern, wenn wir Fälle, wie diesen, stillschweigend hinnähmen!

Am Dienstag tritt der Verfassungsausschuß zusammen, um über die Frage zu beraten, ob wir uns in Preußen mit Versprechungen begnügen sollen oder ob hier eine Radikalkur notwendig ist.

Wird der Verfassungsausschuß zu einem Beschluß kommen, der dem allgemeinen Volksempfinden entspricht? Dem Empfinden, daß es so nicht weiter geht?

Konservatives Verständnis.

Im „Reichsboten“ nimmt ein Konservativer die Junker folgendermaßen in Schutz:

Aber die Junker nehmen doch stets ihr Parteiinteresse wahr? Für sie kommt doch die Landwirtschaft immer zuerst? Man wundert sich, diesem Vorwurf gerade im Munde der Parteien zu begegnen, die ihre Interessen genau ebenso verteidigen. Wie tritt die Sozialdemokratie (in ihrer Weise) für die Arbeiter ein — ist das an sich verwerflich oder unsittlich? Wie sind die Freisinnigen darauf bedacht, die jüdischen Vorkreuzer vor Angriffen und Steuern zu schützen! Warum sollen denn die „Agrarier“ allein nicht dies Recht haben?

Der verehrliche Verfasser übersieht, daß Arbeiter im Sinne der Sozialdemokratie alle durch geistige oder körperliche Arbeit Werte schaffende Menschen sind. Diese bilden die ungeheure Masse des Volkes. Aber die Junker sind eben die Junker, das heißt eine kleine besitzende und bevorzugte Minderheit.

Außerdem: die Sozialdemokratie begreift ganz gut, daß die Junker ihre Interessen vertreten, und findet das nur menschlich. Verwerflich und unsittlich ist es erst, wenn die Interessen einer kleinen Minderheit jenen einer großen Mehrheit vorangestellt werden, und das bekämpft die Sozialdemokratie.

Ist die Sache nun klar?

Verfassungskonflikt in Sachsen.

Der kürzlich in der Presse angelegte und darauf demontierte Verfassungskonflikt in Sachsen scheint nun doch zur Tatsache werden zu wollen.

Im Landtage besteht nach der Verfassung die Einrichtung der Zwischendeputationen, das sind Ausschüsse, die auf Vorschlag der Regierung oder mit ihrer Genehmigung gebildet werden, um zwischen zwei Tagungen bestimmte Gegenstände vorzubereiten. Die Regierung beabsichtigt nun, Anfang Juli den Landtag zu vertagen, aber zur Vorberatung ihres Berichtes über das staatliche Kohlenabbaurecht die jetzt dafür bestehende Deputation in eine Zwischendeputation umzuwandeln. Sie lehnt es aber ab, das gleiche zu tun mit der Deputation, die zur Beratung der Fragen der politischen Neuordnung auf Antrag der Sozialdemokratie eingesetzt worden ist. Aus dem bisherigen Verhalten der Regierung und einer in der Sitzung der Sonderdeputation am letzten Dienstag verlesenen schriftlichen Erklärung geht hervor, daß die Regierung zwar einer kleinen Reform der Ersten Kammer nicht abgeneigt ist, den übrigen Fragen der Neuordnung aber, besonders einer Reform des Ruralwahlrechts zur Zweiten Kammer durchaus ablehnend gegenüber steht. Nach Versicherungen des Regierungsvertreter Ministerialdirektor Dr. Schelcher in der Montagssitzung ist anzunehmen, daß die Regierung um so weniger einer Wahlreform zuneigt, weil das sächsische Ruralstimmensystem sogar von anderen Staaten (Preußen?) als Muster für ihre Wahlreformen in Aussicht genommen ist.

In der schriftlichen Erklärung teilt die Regierung den Beschlüssen des Gesamtministeriums mit, der die Bildung der Zwischendeputation endgültig ablehnt. Nach der Verlesung hielt der Nationalliberale Heitner eine ungenötigt radikale Rede, in der er der Regierung zurief, sie solle sich hüten, zu zeigen, daß sie die Zeit nicht begriffen habe. Darauf erwiderte Dr. Schelcher, er sei nicht gekommen, um mit der Deputation „zu rechten“. Er halte seine Aufgabe gegenüber der Deputation für erledigt. Sprach's, erhob sich und ging von dannen. Es ist klar, daß dieses brüske Verhalten von der Deputation als eine Verleumdung angesehen wurde. Lediglich die konservativen Spielten die Dickschellen. Ihnen lag aber das Verhalten der Regierung eben auch sächlich gut.

Mit der Regierung soll in Verhandlungen über das Verhalten Dr. Schelchers und die künftige Entsendung von Regierungsvertretern zu den Deputationsverhandlungen eingetreten werden. Wie der Ausgang des Konflikts auch sein wird, die Ablehnung jedes wirklichen Fortschritts in Sachsen steht klar vor Augen des Volkes. Die Folgen können nicht ausbleiben.

Zur Hamburger Verfassungsänderung.

Die Hamburger Bürgerchaft überwiegt den Antrag der Vereinigten Liberalen auf Aenderung der Ausgestaltung der hamburgischen Verfassung und Verwaltung an eine von Senat und Bürgerchaft eingesetzte gemeinsame Kommission, die den Senatsantrag auf Aufhebung des Gruppenwahlrechts für die Bürgerchaftswahlen prüft.

Parteinachrichten.

Erfolgreiche Werbearbeit.

In Meußingen ist es den Bemühungen einer einzigen Frau, der Genossin Schradin, gelungen, in wenigen Wochen mehr als zweihundert Frauen der Parteiorganisation zu gewinnen.

Grimms Richter.

Carl Kadel veröffentlicht eine Erklärung gegen Grimm, in der er darauf hinweist, daß der linke Flügel der Zimmerwälder schon auf der letzten Zimmerwälder Konferenz sein Mißtrauen gegen Grimm ausdrücklich zu Protokoll gegeben habe. Grimm sei in seiner Praxis schon immer opportunistisch gewesen. Sein Auftreten in Petrograd sei eine rein persönliche Angelegenheit; von einem Bankrott der Zimmerwälder hätte man nur sprechen können, wenn diese das Verhalten Grimms gebilligt hätten; davon sei aber keine Rede. Ob für Grimm unter den Zimmerwäldern überhaupt noch Platz sei, werde die angestrengte Untersuchung ergeben.

Industrie und Handel.

Bundesratsverordnungen.

In der Bundesratsitzung am Donnerstag gelangten zur Annahme: Der Entwurf einer Bekanntmachung über die Geltendmachung von Ansprüchen von Personen, die im Ausland ihren Wohnsitz haben, der Entwurf einer Bekanntmachung betreffend die Fristen des Wechsel- und Scheckrechts für Eisenerzeugnisse, der Entwurf einer Bekanntmachung über den Handel mit Tabakwaren, der Entwurf einer Bekanntmachung über die Kartoffelverwertung des Wirtschaftsjahres 1917/18 und der Entwurf einer Bekanntmachung über die Herstellung von Zigaretten.

Sechste österreichische Kriegsanleihe.

Die sechste österreichische Kriegsanleihe hat bisher 4000 Millionen Kronen gebracht; Käufler dürften sich, besonders aus Deutschland, noch einfinden, so daß hoffentlich ein Gesamtbetrag von mehr als fünf Milliarden Kronen aufgebracht werden wird. Bei den fünf früheren Anleihen wurden gezeichnet: 2200, 2688, 4202, 4530 und 4467 Millionen Kronen. Die Kurve weist also mit starker Krümmung nach oben. Die neue Anleihe übertrifft alle früheren.

Morgan's Geschäfte blühen.

Morgan u. Co. übernimmt, wie die „Presf. Fig.“ meldet, die Agentur der amerikanischen Regierung zum Ankauf von Vorräten für die Alliierten. Man erwartet, daß durch Vermittlung der Regierung Lieferungen im Betrage von einer halben Milliarde Dollar pro Monat vorgenommen werden können. Es sind Bestellungen im Gange, um die Vorkäufe an die Alliierten auf der Grundlage von 400 Millionen Dollar zu finanzieren. Außerdem werde die Entente in den Vereinigten Staaten etwa 100 Millionen Dollar pro Monat aus eigenen Mitteln herausgeben.

Eine Gruppe angesehener Amerikaner hat an Valfour und Viviani, an die englisch-französische Kommission, eine Adresse gerichtet. Diese Adresse richtet sich gegen den Wirtschaftskrieg nach dem Kriege. Zu den Unterzeichnern gehören u. a. Jacob Schiff und Charles Elliot.

Soziales.

Altes und neues Recht in der Unfallversicherung.

Der Schlosser Str. bezog von der Berufsgenossenschaft der Gas- und Wasserwerke für die Folgen eines am 23. Januar 1909 erlittenen Betriebsunfalls, bestehend in einem Bruch des linken Fußgelenks, eine Rente von 15 Proz. Diese Rente wurde durch Entscheidung des Schiedsgerichts für den Stadtkreis Berlin im Jahre 1909 festgelegt. Die Festlegung erfolgte damals auf Grund folgenden Beschlusses: — daß der linke Fuß zwar ebenso wie der rechte ein Vollfuß ist, jedoch in stärkerem Maße als der rechte, und mit Anzeichen für einen Bruch am Fußknöchel. Auch ist die Muskulatur am linken Bein bedeutend schwächer.

Durch Bescheid vom Mai 1916 wurde die Rente in Fortfall gebracht, weil „die subjektiven Beschwerden, soweit sie der Unfall erzeugt hatte, längst abgelaufen sind“. Das Oberberufungsamt Groß-Berlin wies die gegen den Aufhebungsbescheid der Genossenschaft eingelegte Berufung zurück, obwohl es in den Gründen erklärte: „Hiernach, auf Grund des kreisärztlichen Gutachtens steht eindeutig fest, daß der objektive Befund derselbe ist wie früher. Der linke Vollfuß ist stärker und die Wade hat links 2 Zentimeter geringeren Umfang, der Oberschenkel 1 Zentimeter. Dieser objektive Befund hängt nach Ansicht des Kreisarztes mit dem Unfall nicht zusammen.“

Der Leser wolle beachten: 1909 wurde dem Verletzten die 15prozentige Rente zugesprochen, weil der gleiche Befund als Unfallfolge anerkannt wurde. 1916 wird jedoch erklärt, dem Verletzten gebührt keine Rente, weil der festgestellte Befund keine Unfallfolge sei. Der Refus gegen diese Entscheidung hatte Erfolg. Das Reichsversicherungsamt sprach dem Verletzten die Rente wieder zu, indem es in den Entscheidungsgründen, nachdem der ärztliche Befund wieder gegeben ist, sagt: „Für diese Erscheinungen ist aber im Jahre 1909 rechtskräftig eine Rente von 15 Proz. festgelegt worden. Wenn der Sachverständige gleichwohl für Aufhebung der Rente sich ausspricht, so stellt dies nur eine andere ärztliche Beurteilung der gleichen Sachlage dar.“ Damit war der Refus der Genossenschaft lediglich auf Grund andersärztlicher Beurteilung der als Unfallfolgen rechtskräftig anerkannten Folgen die Rente zu entziehen, gescheitert.

Da die erste Rentenfestsetzung vor dem Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung erfolgt war, mußte die Entscheidung des Reichsversicherungsamts so ausfallen. Wäre, als die Rente zum ersten Male festgelegt wurde, die Reichsversicherungsordnung schon in Kraft gewesen, dann wäre die Sache vielleicht anders verlaufen. Dem alten Recht war die Unterscheidung zwischen „vorläufiger Rente“ und „Dauerrente“ fremd, die die Reichsversicherungsordnung kennt. Hätte es sich in dem Verfahren um die Festlegung der ersten Dauerrente gehandelt, dann hätte die neue Auffassung des Arztes eine ganz andere Rolle gespielt. Der § 1385 schreibt vor, daß bei der Festlegung der Dauerrente die Grundlagen der Rentenberechnung nicht bindend sind, die bei der Bewilligung der vorläufigen Rente vorliegen. Diese Vorschrift hat das Reichsversicherungsamt leider so ausgelegt, daß nicht nur der Jahresarbeitsverdienst, sondern auch der tatsächliche Zusammenhang des Leidens mit dem Unfall neu geprüft werden kann. Es ist dabei also von großer Bedeutung, wenn inzwischen eine andere ärztliche Beurteilung der gleichen Sachlage Platz gegriffen hat. In vereinzelten Fällen kann zwar die Auslegung des Reichsversicherungsamts auch dem Verletzten zu gute kommen, aber im allgemeinen bedeutet für eine außerordentliche Begünstigung der Berufsgenossenschaften, denen damit bei der ersten Festlegung der Dauerrente geradezu das Recht der Wiederaufnahme des Verfahrens in vollem Umfange gegeben worden ist. Das hat natürlich der Gesetzgeber nicht gewollt. Leider stammt die Entscheidung vom großen Senat. An eine Verbesserung der Rechtslage ist daher nur zu denken bei einer Revision der Reichsversicherungsordnung, die hoffentlich nicht mehr lange auf sich warten läßt.

Letzte Nachrichten.

Kriegsziellkonferenz in Paris.

Lugano, 28. Juni. Nach einem in London zurückgehaltenen Telegramm des „Secolo“ von vorgestern soll demnächst eine Konferenz der Delegierten aller Entente Staaten in Paris abgehalten werden, die bezweckt, die genauen Kriegsziele der Entente festzustellen. Diese Konferenz sei eine Folge des russischen Druckes.

Ablösung des Petersburger Stadtrates.

Basel, 28. Juni. Savas berichtet aus Petersburg: Die provisorische Regierung beschloß, den Stadtrat von Petersburg abzulösen und schlägt den neugewählten Stadtschöffen gleichzeitig vor, 200 Räte zu wählen.

Die Lage in China.

Basel, 28. Juni. Savas berichtet unterm 27. Juni aus London: Die Lage in China hat sich in den letzten Tagen außerordentlich gebessert. Die Provinzen schließen sich bereits wieder der Zentralregierung an und nehmen ihre Beziehungen zu der Regierung in Peking wieder auf. Die Militärgouverneure ziehen die Truppen zurück. Li Chaing Kai erklärte, daß er den Posten eines Premierministers für drei Monate annehmen werde.

Hinrichtungen in Rumänien.

Stockholm, 28. Juni. Laut „Nro Roffie“ machte der Kommissar der Soldatenräte an der rumänischen Front dem Kriegsminister wie auch dem Petersburger Arbeiterrat die Mitteilung, daß die rumänischen Behörden am 6. Juni 32 Personen, darunter 7 Sozialisten, wegen angeblichen Hochverrats hingerichtet haben und zahlreiche weitere Verhaftungen vorgenommen hätten. Insbesondere seien Juden verhaftet worden, die vielleicht das gleiche Schicksal erwarteten. Er verlangt, daß die russische Regierung gegen diese Verbrechen, die starke Enttäuschung in der Armee hervorrufen, sofort energische Maßnahmen ergreife.

Ernst Pringsheim gestorben.

Breslau, 28. Juni. Wie die „Schlesische Zeitung“ meldet, ist heute der Dekan der Breslauer philosophischen Fakultät, Professor Dr. Ernst Pringsheim, ordentlich Professor der theoretischen Physik, infolge eines Schlaganfalls gestorben. Pringsheim hat namentlich auf dem Gebiet der Strahlungslehre bedeutende wissenschaftliche Erfolge errungen.

13. Generalversammlung der Metallarbeiter

k. Köln, 27. Juni.

Die Generalversammlung trat heute vormittag im Fränkischen Hof zusammen. Sie ist von 118 Delegierten, 5 Vorstandsmitgliedern, den Redakteuren der „Metallarbeiter-Zeitung“, den beiden Aufsichtsvorständen und 18 Bezirksleitern besetzt. Als Gäste sind anwesend: Vertreter der Verbände der Maschinenbau-Deutschlands, der Maschinisten und Heizer und Delegierte der ausländischen Verbände von Österreich-Ungarn, der Schweiz, Schweden und Dänemark. Die Generalkommission der Gewerkschaften vertreten Carl Legien und Adolf Cohen (Berlin).

Eingeleitet wurde der Kongress durch einen stimmungsvoll vorgetragenen Gesang des Kölner Arbeitergesangsvereins „Lara“. Dann folgten Begrüßungsansprachen. Für die Kölner Verwaltungsjahre begrüßte Haas die Generalversammlung. Er bat die Delegierten, bei den Beratungen zu bedenken, daß sie hier Gewerkschafter und nicht Partei sind. Die Einigkeit der Gewerkschaften sollte über alles gehen.

Verbandsvorsitzender Schlöde (Stuttgart) wies in seiner Eröffnungsrede darauf hin, daß die deutsche Arbeiterschaft stets bemüht war, einen reinen Frieden herbeizuführen. Er besagt, daß diese Bemühungen um Frieden in den anderen Ländern so wenig Anklang gefunden haben. Mit Genehmigung wurde festgestellt, daß gerade im Weltarbeiterverband die internationalen Beziehungen durch den Krieg am wenigsten gelodert wären; die Verbindungen hätten aufrecht erhalten werden können. Schlöde ging dann auf die Meinungsverschiedenheiten, die der Krieg in die Reihen der Arbeiterschaft brachte, ein und sagte, Meinungsverschiedenheiten mögen weiter um uns bestehen, aber zu einer Spaltung darf uns auch der Krieg nicht führen; weil wir im Krieg sowohl wie auch nach dem Kriege einer starken Gewerkschaftsorganisation nicht entraten können. Wir haben alles daran zu setzen, um die Geschlossenheit unserer Organisation zu erhalten, daß wir durchhalten bis nach dem Kriege und über den Krieg hinaus. (Zustimmung.)

Die ausländischen Gäste überbrachten dann die Grüße und Wünsche ihrer Organisationen und berichteten über die Verhältnisse in ihren Ländern. Die Vertreter der verwandten deutschen Verbände entboten dem Verbandstag ebenfalls die Grüße ihrer Organisation und wünschten den Beratungen besten Erfolg.

Nach Entgegennahme des Berichts der Randatrykungskommission wurden sämtliche Mandate für gültig erklärt.

Die Generalversammlung konstituierte sich hierauf. Als Vorsitzende werden bestimmt: Schlöde, Cohen und Haas (Vorschlagen: war noch Brandes-Magdeburg), denen vier Schriftführer zur Seite stehen. Es werden eine Beschwerde- und Rechnungs-Kommission und eine Kommission zur Vorbereitung der Vorstandswahlen eingesetzt.

Die Tagesordnung wird wie vorgelesen bestimmt.

Bei der Festsetzung der Geschäftsordnung beantragte Dittmann (Homburg), den Vorstandsbericht in zwei Teilen zu beraten: 1. der allgemeine Teil, 2. die Haltung der Verbandsintelligenz zu den durch den Krieg aufgeworfenen Fragen. Beim zweiten Punkt soll ein Korreferent unbeschränkte Redezeit und zur Begründung des Berliner Antrags ein Berliner Delegierter ebenfalls unbeschränkt das Wort haben. Die Diskussionsredner sollen auf 10, 20 Minuten Redezeit haben. Der Antrag ist von 40 Delegierten unterstützt. Severing (Vielefeld) erklärt sich ebenfalls für die freieste Aussprache, die Selbstbeschränkung sei aber keine Beschränkung der Redefreiheit, sondern der Redezeit. Er ist für die vorgeschlagene Trennung des Vorstandsberichts und Bestimmung eines Korreferenten durch die Gruppe, die den Antrag gestellt hat.

Illich (Berlin) tritt für den Antrag Dittmann ein, hält aber eine Redezeit von 10 Minuten für ausreichend.

Schäfer (Leipzig) meinte, der Widerwert müsse das Wort ausführlicher gestattet werden. Er behauptet, daß der Verbandstag erst auf Mittwoch und nicht zu Beginn der Woche einberufen worden ist. So könnte der Einbruch entstehen, daß der Vorstand die Diskussion von vornherein beschränken wollte. Dittmann sei mit seiner Bemerkung, es gehe ein Miß durch den Verband, zu weit gegangen; im Interesse einer Klärung solle man aber seinem Antrage zustimmen.

Dittmann (Frankfurt a. M.): Wenn Sie nach Nacht und Mehrheit entscheiden wollen, dann lehnen Sie den Antrag ab. An der wirklichen Situation ändert dies nichts. Wir haben alle ein Interesse daran, eine gründliche Aussprache herbeizuführen, da diese Frage eine Lebensfrage der Organisation darstellt und in unserer Weltanschauung ihre Ursache hat.

Schlöde: Der Antrag zur Trennung des Vorstandsberichts ist ein Hoheitsfall. Die Tagesordnung ist rechtzeitig veröffentlicht worden, niemand hat eine Abänderung beantragt. Da hätte der Antrag gestellt werden müssen, auf die Tagesordnung zu setzen: „Unsere Weltanschauung“, über die nach Dittmann gesprochen werden soll. Die vorgelegene Tagesordnung kann in vier Tagen erledigt werden. Ich bitte, eine Trennung des Vorstandsberichts nicht vorzunehmen und schlage vor, für die Diskussion 20 Minuten festzusetzen.

Nachdem noch Frölich (Altenburg) für den Voridag Schlöde gesprochen hatte, fand ein Schlußantrag mit großer Mehrheit Annahme. Der Antrag auf Trennung des Vorstandsberichts wird mit 64 gegen 52 Stimmen abgelehnt. Mit 58 gegen 55 Stimmen wird beschlossen, zum Geschäftsbericht einen Korreferenten mit unbeschränkter Redezeit zuzulassen. Abgelehnt wird der Antrag, einem Berliner Delegierten zur Begründung der Berliner Resolution unbeschränkte Redezeit zu gewähren. Die Redezeit für den Vorstandsbericht wird auf 20 Minuten festgesetzt.

Nachdem so die geschäftlichen Angelegenheiten erledigt waren, konnte in später Nachmittagstunde endlich Verbandsvorsitzender Schlöde den

Vorstandsbericht

erhalten. Er bewies auf den gedruckten Bericht und ging dann auf die Meinungsverschiedenheiten ein, die durch Vorlesungen der jüngsten Zeit grell beleuchtet worden seien. Grobes Mißtrauen habe gegenzeitig Platz gegriffen. Die Arbeitsniederlegungen am 16. April sind kein Ruhmesblatt in unserem Verband. Man will den Verband von seinem bisherigen Gang abdrängen und ihm eine andere Marschroute geben. Wir betrachten den Streik als Kampfmittel, das dort angewandt ist, wo eine gütliche Verständigung nicht möglich ist. Man sollen wir Streiks führen zu rein politischen Zwecken, zum Zwecke der Demonstration gegen Erscheinungen, die außerhalb des Rahmens der Bestimmungen unserer Organisation liegen. Es ist planmäßig darauf hingearbeitet worden, die Arbeiter zu Streiks zu veranlassen; planmäßig wird Mißtrauen gegen die Leitung der Gewerkschaften gefät zu dem ausgesprochenen Zweck, um die Gewerkschaften naher politischen Demonstrationen dienlich zu machen. Diese Erscheinung ist dort geboren, wo die neue Partei gegründet wurde. Schlöde geht näher auf die Verhandlungen in Gotha ein, wo gesagt worden sei, man müsse ohne die Gewerkschaftsführer und über sie hinweg vorgehen, und von dem konservativen Geist der Gewerkschaften gesprochen werden sei. Nicht lange nach Gotha merkte man in unserem Verband die Folgen von dort. Man versuchte, in Besprechungen für Massenaktionen und für die Beschlüsse in Gotha Stimmung zu machen. Dadurch wurde der Janfappel auf die Gewerkschaften übertragen. Der Streik in Berlin war eine Demonstration gegen die ungenügende Lebensmittelversorgung. Als Ausdruck der Mißstimmung hätte man ihn hinnehmen müssen, aber die Nebenwirkungen in Berlin waren derart, daß der Verband und die Generalversammlung dazu

Stellung nehmen muß. Man versuchte den Streik fortzusetzen lediglich zu dem Zweck, politische Fragen zu lösen. Die Bewegungen hatten mit den gewerkschaftlichen Aufgaben nichts mehr zu tun, sie sollten politischen Zwecken dienen. Eine Flut von Flugblättern ergoß sich über die Berliner Arbeiter. Es wurde unberücksichtigt gelassen, daß die russische Revolution noch kein abschließendes Urteil zuläßt. Man hat an das Gefühl appelliert, anstatt den Verband entscheiden zu lassen. Es ist gegen besseres Wissen den Arbeitern vorgespiegelt worden, sie brauchten nur aufzustehen, und die bürgerliche Gesellschaft läge am Boden. Die Folge war, daß die herrschende Gewalt von ihren Nachmitteln teilweise rücksichtslos Gebrauch machte. Manchem war dies nicht unangenehm, weil dadurch die Leidenschaften aufgeweicht und eine erditterte Stimmung erzeugt wird. Es kam aber nicht soweit, wie man vielleicht hoffte, die Arbeiterchaft hat die Arbeit wieder aufgenommen. (Zuruf: Weil die Verwaltung sie im Stich gelassen hat!) Rein, nein, die Arbeiter waren vernünftig genug, die Arbeit wieder von selbst aufzunehmen. Jetzt richtet sich der Angriff in Berlin gegen die beiden Bevollmächtigten, deren politische Gesinnung nicht paßt und die man als Verräter hinstellt. Redner ging dann auf die Verhältnisse in Leipzig ein. Die dortigen Kollegen ständen schon lange auf dem Standpunkt, daß die Gewerkschaften einen politischen Einschlag haben müssen. Die Leipziger Forderungen decken sich mit den Berliner (Einschlag eines Arbeiterrats); mit ihnen würde die politische Tätigkeit in die Gewerkschaften getragen. Man verständigte sich dann in Verhandlungen über Lohnforderungen, beugte sich damit und ließ die politische Aktion politische Aktion sein. Diese Dinge beweisen, daß man systematisch auf eine Verschiebung der Verbandstätigkeit hinarbeitet.

Das sind jedoch nicht die einzigen Erscheinungen, man hat durch Rundschreiben von Berlin aus in ganz Deutschland in selben Sinne zu wirken versucht. Schlöde besprach einzelne solcher Flugblätter, in denen die Wahrheit auf den Kopf gestellt werde. Daß der Kampf sich gegen die Gewerkschaftsführer richte, sei offen ausgesprochen worden. Redner besprach sodann die Braunschweiger Verhältnisse. In Stuttgart wäre durch die fortgesetzte Agitation für eine Massenbewegung eine Schädigung der Arbeiter eingetreten; die drei Versten seien unter Militäraufsicht gestellt worden. — Befehle wirklich die Gefahr, daß die Gewerkschaften durch ihre Tagesarbeit verjumpten, daß sie von ihrem sozialistischen Geist entbunden werden können? Die Aufgaben der Gewerkschaften gehen in derselben Tendenz wie die Ziele der sozialdemokratischen Partei. Wir drängen den Einfluß des Unternehmertums, das Kapital, Stück für Stück zurück. In der praktischen sozialpolitischen Tätigkeit gehen wir mit der sozialdemokratischen Partei Hand in Hand. Es ist nicht damit zu rechnen, daß die Gewerkschaften von diesem Standpunkt abgedrängt werden können, darum sind die Einwurfe unberechtigt. Wir stellen uns auf den praktischen Standpunkt, wir können uns nicht von Theorien leiten lassen. Das ist der Kernpunkt des Streits. Wir haben alle Ursache, dahin zu arbeiten, daß die Gewerkschaften diesen Boden der praktischen Arbeit nicht verlassen. Diesen Boden wird auch die Arbeiterschaft aller Länder wieder einander näher bringen. Das Ergebnis der Aussprache muß sein, daß die Generalversammlung erklärt, daß der Verband sich von dieser praktischen Arbeit nicht abbringen lassen will, daß die Generalversammlung die Treibereien, Mißtrauen in der Arbeiterschaft zu säen, verurteilt, und daß sie den Forderungen, die für den internationalen Gewerkschaftskongress in Stockholm aufgestellt waren, zustimmt.

Zum Schluß ging Schlöde auf das Hilfsdienstgesetz ein. Es sei wohl ein Zwangsgeß, bedeute aber eine Widerung gegenüber dem Hoang, der sonst ausgeübt werden könne. Was wäre ohne das Hilfsdienstgesetz gekommen? Für die Beseitigung der Bedröpfung hätte sich sicher eine Mehrheit im Reichstag gefunden. Da das Hilfsdienstgesetz, das die Gewerkschaften zu verbessern bestrahlt waren, nun einmal da sei, müsse man die Gelegenheit ergreifen, die wenigen Rechte, die es bringe, auszunutzen. Darum drehe es sich jetzt. Deshalb sei die Agitation gegen das Gesetz berechtigt. — Die Annahme seiner Stellung beim Kriegsamt habe er als seine Pflicht gehalten, nicht als Minister sei er dort, sondern als Berater und als Röhner. Die Rechte, die uns zugestanden sind, müssen wir überall ausnützen, damit wir das Bewußtsein haben, auch im Kriege unsere volle Pflicht und Schuldigkeit getan zu haben. (Lebhafter Beifall.)

Den Ausschlußbericht gibt dann Weigig (Frankfurt a. M.). Der Austausch hatte 30 Beschwerden zu erledigen. Er beantragt für den Kassierer Entlastung.

Die Verhandlungen werden darauf verlag.

Außerordentliche Generalversammlung des Textilarbeiterverbandes.

Augsburg, den 27. Juni.

4. Verhandlungstag.

Die Generalversammlung beschäftigt sich nunmehr noch mit den einzelnen von den Pitalen gestellten Anträgen. So wurde ein Berliner Antrag, der besagt, daß bei Festsetzung der Höhe der zu stellenden Lohnforderung als Maßstab die örtlichen Löhne der Munitions- und Rüstungsindustriearbeiter dienen sollen, angenommen.

Von Landesgut war beantragt, die Gemahregelstenerstüftung, die während der Kriegszeit aufgehoben ist, ab 1. Juli 1917 wieder zur Auszahlung zu bringen. Auch dies wurde beschlossen.

Sangenbiela beantragte die Streifenunterstützung, die zurzeit ebenfalls nicht gewährt wird, wieder einzuführen. Auch diesem Antrag wurde stattgegeben.

Es folgten dann noch Beratungen interner Art über Kassenangelegenheiten, worauf die Versammlung mit aufmunternden Worten vom Vorsitzenden Karl Hübsch geschlossen wurde.

Stadtverordnetenversammlung.

15. Sitzung vom Donnerstag, den 28. Juni, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsteher Richelet eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr. Nachdem über die Beizung der durch den Tod des Stadts. Solmich (Fr. Fr.) frei gewordenen Stellen in Ausschüssen, Deputationen und Kuratoren Beschluß gefaßt worden, nimmt die Versammlung den Aufsichtsbereich des Stadts. Sommerfeld (Linke) über die Vorlage betr. die Erhöhung der Einnahmen der Städtischen Elektrizitätswerke Berlin entgegen. Der Ausschuh hat dem Feuerungszuschlag von 25 Proz. auf alle Rechnungen mit der Einschränkung zugestimmt, daß er „bis auf weiteres“ erhoben wird. Die Baukostenrechnungen sollen unberändert bleiben, die Rechnungen für den Einheitsstarif für Wohnungen und Werkstätten dagegen derart geändert werden, daß die Bodenflächengebühr von 3 auf 2 1/2 Pf. herabgesetzt und dafür auf den Preis der Kilowattstunde mit 16 Pf. der Zuschlag von 25 Proz. erhoben wird. Zugleich mit der Einführung des neuen Tarifs am 1. Oktober d. J. erfolgt dann nach den Magistratsvor schlägen die allgemeine Erhebung der Zählermiete, wie sie die Städtischen Elektrizitätswerke in den von ihnen versorgten Vororten bereits erheben; in Begfall kommen andererseits die Verpflichtung zur Gewährleistung eines Mindestwertbrotts, die Gebühr für die Aufstellung von Elektrizitätszählern und die sog. Jahrszählgrundtaxe. Ohne Diskussion beschließt die Versammlung nach den Ausschuhentwürfen.

Die Gruenerstraße soll von der Neuen Friedrictstraße bis zur Klosterstraße durchgelegt werden, indem der zwischen

dem Lagerhause, Klosterstraße 76, und der Kunstschule, Klosterstraße 75, vorhandene Durchgang zu einer öffentlichen Straße erweitert wird. Eigentümerin der genannten beiden Grundstücke ist die Hochbohnengesellschaft, die in absehbarer Zeit mit Neubauten vorgehen will; sie beabsichtigt die Anlegung der Straße der Form nach als Privatstraße und will sie zu Eigentum behalten, damit sie ihr bei der Bebauung als Hofraum antretend bleibt, will aber der Stadt die dauernde Benutzung als öffentliche Verkehrsstraße gewährleisten. Die Durchfahrt an der Kloster- wie an der Neuen Friedrictstraße soll auf 5 Meter Tiefe hinter der Straßengrucht mit je einem Luerbau auf einer dreibogigen Straßenbrückung überbaut werden. Der Magistrat hat diesen Vorschlägen zugestimmt und sucht das Einverständnis der Versammlung nach.

Diese tritt dem Magistratsantrage ohne Debatte bei.

Es sind noch nachträglich zwei Vorlagen eingegangen, durch die 3000 M. für die Erziehung von Schülern und Schülerinnen höherer Lehranstalten nach Siebenbürgen und 30 000 M. zur Beteiligung der Stadt Berlin an einer neu zu begründenden Fisch-Verwertungsgesellschaft m. b. H. angefordert werden.

Endlich liegt ein dringlicher Antrag sämtlicher Fraktionen vor, den Magistrat zu ersuchen, Maßnahmen zu erwirken, die die ordnungsmäßige Versorgung der Berliner Bevölkerung mit Gemüse sichern.

Auch diese drei Gegenstände kommen noch in der heutigen Sitzung zur Erledigung.

Die erstgenannte Vorlage empfiehlt Stadts. Dr. Knauer (Linke) zur Annahme. Siebenbürger deutsche Bauern wollen 750 Kinder kostenlos auf 10 Wochen aufnehmen; die 25 000 M. sind für die Vorbereitungen und für die Reise erforderlich.

Stadts. Dr. Wehl (Soz.) legt aufs entschiedenste Protest gegen eine so verspätete Einbringung ein, die jeder Rücksichtnahme hohnspröde. (Der Vorsteher rügt diesen Ausdruck.) In eine materielle Prüfung des Antrags könne die Fraktion nicht eintreten; sie überlege die Verantwortung denen, die für den Antrag stimmen.

Stadtschulrat Dr. Weimann teilt das Bedauern des Vorredners über die Verzögerung, hält die Vorlage aber an sich für durchaus empfehlenswert und wundert sich, daß gerade aus den Reihen der Linken ein solcher Widerspruch dagegen komme, da es sich doch gerade auch um Kinder handle, die aus der Volksschule in die höheren Schulen aufgezogen sind.

Bürgermeister Dr. Reide tritt gleichfalls lebhaft für den Antrag ein. In der Frage des Jugendamts, dessen Fehlen bemängelt worden sei, werde wohl morgen vom Magistrat das entscheidende Wort gesprochen werden.

Stadtschulrat Dr. Fischer bemerkt, daß die gleichfalls erwähnten Beschwerden über die Unterbringung der Berliner Kinder in Ostpreußen erledigt sind, daß im übrigen mit der Verbringung der Kinder nach Ostpreußen die allerersten Erfahrungen gemacht worden seien.

Stadts. Cassel (Linke) hält in Uebereinstimmung mit den Magistratsvertretern auch dafür, daß die Versammlung die Verantwortung für die Annahme der Vorlage durchaus zu tragen vermag.

Stadts. Dr. Wehl weist demgegenüber auf die Bedenken hin, die einer Verlegung gerade nach Siebenbürgen entgegenstehen. Jedemfalls sei eine unzulängliche Prüfung des Projekts nicht erfolgt.

Stadts. Cassel hebt diese Bedenken durch die Erklärungen des Stadtschulrats Weimann als widerlegt an.

Die Versammlung beschließt die Bewilligung mit großer Mehrheit.

Bei der zweiten Nachtragsvorlage handelt es sich um die nachträgliche Zustimmung zu dieser Beteiligung; die Versammlung stimmt zu.

Stadts. Cassel begründet sodann den dringlichen Antrag, der die

Verlegung mit Gemüse und Obst

betrifft. Er weist auf die unliebbaren Erscheinungen hin, die sich auch hier wieder zum Nachteil der Bevölkerung gezeigt haben; sobald Nichtpreise festgesetzt waren, verschwand Gemüse und Obst vom Markt. Selbst in den städtischen Markthallen sei solches zu konstatieren gewesen! Es müsse dagegen mit allen Mitteln eingeschritten werden; der Festsetzung von Höchst- und Mindestpreisen müsse die Möglichkeit der Beschlagnahme zur Seite stehen. Abhilfe sei dringend geboten.

Stadts. Durm (Soz.): Der gute Wille der Erzeuger hat auch hier, wie immer in diesem Kriege, verlag; das nackte Profitinteresse dominiert. Alle Maßnahmen der Behörden stoßen auf den allzu und passiven Widerstand der Erzeuger. Dabei hat die Anaptheit an Brot und Kartoffeln den Ansturm auf die durch die Dürre noch verringerten Obst- und Gemüsevorräte nur noch härter gesteigert. Man pfeift auf die Nichtpreise; der Scheidhandel ist zum eigentlichen regulären Handel geworden. Auch wir treten deshalb dem gefestigten Antrage bei.

Stadts. Runge: Der Magistrat hat sich bereits mit dieser Erscheinung und den zu ergreifenden Abwehrmitteln befaßt; es wird darüber behilft näheres mitgeteilt werden. Für Obst wird die Beschränkung der Abgabe auf zwei, höchstens vier Pfund an den einzelnen erwoogen, sowie eine Beschränkung der Verkaufszeit für die Erzeuger auf bestimmte Morgenstunden. Gleiche Bewilligungen finden statt, um den Mängeln der Gemüseversorgung abzuhelfen. Der Bedarf ist außergewöhnlich groß.

Stadts. Cassel: Der Mißstand, daß die Produzenten und Großhändler aus diesen Verhältnissen Vorteile ziehen, während die Kleinhändler und die minderbemittelte Bevölkerung leer ausgehen, muß allgemein erbitend wirken, muß abgestellt werden; das er warten wir von den Maßnahmen des Magistrats.

Bürgermeister Dr. Reide: Die Reichsstelle für Gemüse und Obst hat Berlin durchaus gerocht und entgegenkommend behandelt; diese Anerkennung sind wir ihr schuldig. Der Zukunft kann immerhin mit etwas größerem Vertrauen entgegengeesehen werden.

Der Antrag wird darauf einstimmig angenommen. Schluß 18 Uhr.

Berichtszeitung.

Die Briefsperrre über den Reichstagsabgeordneten Herzfeld. Der Oberkommandierende in den Marken hatte durch Mitteilung an die Oberpostdirektion Berlin, die dieser am 12. August 1916 zuging, über den Reichstagsabgeordneten Rechtsanwalt Joseph Herzfeld die Briefsperrre verhängt. Seine Briefschaften wurden angehalten und auf Verlangen des Oberkommandierenden der 7. Abteilung des Berliner Polizeipräsidenten zur Durchsicht überwiesen. Sodann gingen sie zur Post zurück, die sie nun dem Adressaten zustellte. Eine Mitteilung von der Verhängung der Briefsperrre wurde Dr. Herzfeld nicht gemacht. Nachdem er die Verhängung der Briefsperrre festgestellt hatte, klagte er beim Bezirksauschuh sowohl gegen den Oberkommandierenden in den Marken, als auch gegen den Berliner Polizeipräsidenten. Er beantragte, die Anordnung der Briefsperrre als gefeß und verfassungswidrig zu erklären. Die Briefsperrre selber ist im internen Wege, ohne entsprechende Mitteilung an den Kläger, am 8. September 1916 wieder aufgehoben worden. Also handelte es sich bei dem Rechtsstreit um die Frage, ob sie überhaupt erlassen werden durfte. — Der Bezirksauschuh entschied aber diese Frage nicht, sondern wies die Klage als unzulässig ab, weil die Anordnung des Oberkommandos, durch die die Briefsperrre verhängt wurde, nicht durch eine Klage im Verwaltungsstreitverfahren angefochten werden könne. — Dr. Herzfeld legte Berufung beim Ober-Verwaltungsgericht ein; dieses verwarf jedoch die Berufung und bestätigte das Urteil des Bezirksauschuhes.

Verantwortl. f. Inhalt: Dr. Franz Dietrich, Berlin-Friedenau; für d. übrigen Teil des Blattes: Alfred Gasts, Berlin; für Zusätze: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Hermann Spandauer u. Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co., Berlin SW.

Preis 1 Bogen 20 und Unterhaltungsblatt.

Freunde, Leser des „Vorwärts“, tut Eure Pflicht!

Die Zeiten sind ernst, sie können noch ernster werden! Ein erdrückendes Schicksal liegt über der Menschheit, die sich vergebens windet und wehrt. Einzelne glauben das Ähere Mittel in Händen zu haben, das die Welt vor dem Verderben rettet, und empfehlen es stürmisch. Andere, allzu viele, lassen das, was jeder Tag an neuem Unheil bringt, gedankenlos, hoffnungslos über sich ergehen, sie lassen sich vom Strome treiben, ganz gleich wohin.

Eines indes sollte jeder aus den furchtbaren Erfahrungen der letzten drei Jahre gelernt haben: Uneinigkeit und Verwirrung, Streit und Hader bringen Untergang. Um dem Schicksal zu trotzen, bedarf es der Sammlung und Festigung. Wenn einer dahin, der andere dorthin läuft, wird es nicht besser, sondern immer nur schlimmer.

Der feste Zusammenschluß der wertvollen Bevölkerung war nie notwendiger als jetzt! Wer ihn stört, mag er es persönlich noch so gut meinen, richtet ungeheuren Schaden an.

Die deutsche Sozialdemokratie hat ein Ziel, das uns allen gemeinsam ist: die rasche Herbeiführung eines

allgemeinen dauernden Weltfriedens.

Sie geht zu diesem Ziel den Weg, den sie für den richtigen hält, und der den Lesern des „Vorwärts“ in zahlreichen Abhandlungen aufgezeigt worden ist.

Der Erfolg hängt nicht von Erwägungen ab, die frei in der Luft schweben, sondern von dem Grade der Unterstützung, die unser Streben bei den Massen findet.

Freunde, Leser des „Vorwärts“, tut Eure Pflicht!

Die deutsche Sozialdemokratie will das Deutsche Reich zu einem freien Staatswesen umgestalten, sie will die sozialen Unterschiede beseitigen, die sich jetzt in der Frage der

Volksernährung

so schmerzhaft fühlbar machen. Auch dafür kämpft und wirkt der „Vorwärts“.

Der „Vorwärts“, das Zentralorgan der Sozialdemokratie, ist die Fahne, um die sich alle Scharen sollen, die begriffen haben, daß Einheit und Geschlossenheit not tut. Belehren lassen mag sich der, der sich aus Eigenbrötelei von ihm fern hält, aber schämen sollen sich die, die es aus Stumpfheit und Gleichgültigkeit tun.

Jetzt steht die Viertelsjahrswende vor der Tür. Und da gibt es eine Gelegenheit, die Gewissen aufzurütteln.

Wer das alles einseht und wer die Arbeit des „Vorwärts“ in den letzten Monaten mit Interesse und Zustimmung verfolgt hat, den brauchen wir nicht erst zu bitten, von ihm erwarten wir, daß er die Gelegenheit benützen wird, um seinem Blatt neue Leser zuzuführen. Er tut damit weiter nichts als seine Pflicht und Schuldigkeit gegenüber sich selbst und gegenüber der Sache, die er als die richtige erkannt hat.

Wer dem „Vorwärts“ einen neuen Abonnenten gewonnen hat, schreibe dessen Namen und Wohnung auf den am Schluß der Seite stehenden Bestellschein, schneide den Schein aus und gebe ihn in unserer Hauptexpedition, Lindenstraße 3, oder in einer unserer Ausgabestellen ab.

Frau Kupfer vor den Geschworenen.

Nach Eröffnung der Sitzung tritt der Zeuge Fritz Körtzing irrtümlichen Auffassungen, die sein Verhalten in der Geschäftsverbindung mit Frau Kupfer erregen könnten, entgegen. Unter anderem wehrt er sich entschieden dagegen, daß er Frau Kupfer „gedrängt“ habe. — Angekl.: Herr Körtzing ist in der lebenswürdigsten Weise mit entgegengekommen, als ich Schwierigkeiten hatte. — Konkursverwalter Schmidt: Frau Kupfer hat bei der gestrigen Verhandlung erklärt, daß die ihr zugesprochenen Einlagen 3 Millionen Mark betragen. Die Summe ist aber erheblich größer und beziffert sich auf etwa

6 700 000 Mark Einlagen.

Dieser Summe stehen allerdings die Rückzahlungen in gleicher Höhe gegenüber.

Der Zeuge Buchhalter Waer hat weder die Zinsen noch sein Kapital zurückgehalten, so daß er um 10 000 M. geschädigt ist. — Der Kaufmann Benrowski aus Königsberg wurde durch den Oberleutnant a. D. Brode auf die Kupferschen Geschäfte aufmerksam gemacht und zahlte zunächst die Summe von 30 000 M. ein. Der Zeuge war dann selbst in Berlin und machte Frau Kupfer einen Besuch. „Herr Benrowski, ja, ich schiedet die Angelegenheit dieses Besuchs, war sehr rasch, alles wurde nur flüchtig und schnell besprochen mit dem Ergebnis, daß A. sagte: Ich schicke Ihnen noch 200 000 M. a. r. l. und in zwei Tagen war das Geld da!“ — Vors. (zum Zeugen): Haben Sie etwas herausbekommen? — Zeuge: Nichts! — Vors.: Also 200 000 M. verloren. — Oberleutnant a. D. Brode selbst ist durch Baron v. Zech der Angeklagten zugeführt worden. Er hat nach und nach 115 000 M. eingezahlt und ist im ganzen um etwa 56 000 M. geschädigt worden.

Der nächste Zeuge, Karl Benken, ist Bureauchef in einem hiesigen großen Geschäft, in welchem der Zeuge Wuismann Buchhalter ist. Eines Tages kam letzterer und regte bei zwei Angestellten an, ob sie sich an einem sehr lukrativen Lebensmittelschäft beteiligen möchten, dessen solide Grundlagen er schilderte. Er ist dann als Vertrauensmann zu Frau Kupfer gegangen, um die Angaben nachprüfen zu lassen und hat dieser Prüfung etwa zwei Stunden gewidmet. Frau K. legte ihm dabei die schon erwähnten Dokumente und gefälschten Lieferungsverträge vor, ferner allerlei Quittungen, die der Zeuge prüfte und alles in Ordnung fand. Auf seinen Bericht hin haben sich dann seine Chefs und nach und nach verschiedene Angestellte des Geschäfts an dem Kupferschen Geschäft beteiligt und große Einzahlungen gemacht. Die Auszahlung der Gewinne besorgte Wuismann, der sie pünktlich durch Schecks auf seine Bank begleicht und den Beteiligten 10 Proz. für den Monat berechnete. Es trat dann an die Chefs die Frage heran, ob sie sich an einem Separatgeschäft, bei dem es sich um Lieferung von Tran handelte, mit größeren Summen beteiligen wollten. Dies geschah und der Zeuge hat noch einen anderen Herrn zur Beteiligung angeregt. Im Laufe der Zeit sind 300 000 M. eingezahlt worden, für die Herr Wuismann immer pünktlich die Zinsen ablieferte. Als an einem bestimmten Zeitpunkt Verzögerungen sich zeigten, und Frau Kupfer darüber befragt wurde, hat sie zunächst erklärt, daß sie binnen kurzem 100 000 M. zahlen würde und auf weiteres Drängen trat Frau K. an Wuismann als Sicherheit für die Gewinnanteile und die Einzahlungen von einer ihr angeblich gegen das 19. Armee-korps zustehenden Forderung von 3 800 000 M. einen Teilbetrag von 1 000 000 M. ab. Die Zahlungen erfolgten dann wieder in der gewohnten Weise prompt durch Wuismann, bis dieser plötzlich im Januar dem Zeugen mitteilte, daß er wegen geschäftlicher Ueberbürdung nicht mehr in dieser Weise tätig sein könnte und er deshalb die noch bestehenden Einlagen in Höhe von 252 000 M. auf den Namen des Zeugen habe überschreiben lassen, damit er von jetzt ab das Risiko selbst besorgen könnte. Aus diesem Grunde ist der Zeuge einer der Hauptgläubiger geworden. Nach einiger Zeit trat dann Frau Kupfer an ihn wegen eines „Sondergeschäfts“, das ein Speckgeschäft betraf, heran und alle beteiligten sich auch mit der Summe von 350 000 M. daran. Diese wurde Mitte Januar ausgezahlt, aber nichts mehr darauf zurückbezahlt, so daß dieses Kapital verloren ging. — Vors.: Ist diese Darstellung richtig, Angeklagte? — Angekl.: Ja, ja, natürlich stimmt es. — Vors. (zum Zeugen): Der Schaden des ganzen Konzerns beträgt also rund 500 000 M.? — Zeuge: Jawohl. Wie dann noch festgestellt wird, haben diejenigen, die mit der Zeit definitiv aus den Geschäften bereits ausgeschoben waren, Kapital und Gewinn voll erhalten. — Zeuge Buchhalter Albert Wuismann hat sich bei Auskunfts-Bureau über Frau Kupfer erkundigt und zwei günstige Auskünfte erhalten. Dann sei er zu der Angeklagten gegangen und diese habe mit Verträgen mit Oberleutnant Diemer, Erzengel v. Kirchbach und Graf Kohn in Wien vorgelegt, die über die Lieferung von Lebensmitteln im großen handelten. Daran reichten sich Korrespondenzen, Abschlüsse über Käufe usw. Der Zeuge habe einen guten Eindruck gewonnen und Vertrauen zu dem Geschäft erhalten und dieses auch bis zuletzt durchgehalten. Frau K. habe bis ins Kleinste die ganze Entstehungsgeschichte des ganzen großen Unternehmens dargelegt und u. a. noch betont: Oberleutnant Diemer habe das größte Gewicht darauf gelegt, möglichst alles, was an Lebensmitteln irgendwie erreichbar sei, zu erlangen. Der Zeuge hat dann später in Verbindung mit dem Zeugen Lenken noch einmal die ganze Sache sorgfältig durageprüft und erst als sie beide einen günstigen Eindruck erhielten, habe er es den Chefs und den Angestellten des So-

schäfts anheimgestellt, sich zu beteiligen. Es seien dann auch Einzahlungen in Höhe von 15 000, 20 000, 25 000 M. usw. erfolgt, zusammen etwa 300 000 M. Dazu kamen dann noch Spezialgeschäfte, bei denen es sich um ganz große Beträge handelte. Es handelte sich u. a. um eine Lieferung von Tran mit Einlagen von 225 000 M., die Beteiligung an einer Lieferung für Fett an die Heeresverwaltung mit 213 800 M., an einer Lieferung für Speck mit 225 000 M., an einer solchen für Tran mit 215 000 M. Die gesamten Einlagen bezifferten sich auf über 1 1/2 Millionen Mark.

Nach der rumänischen Kriegserklärung habe die Angeklagte dem Zeugen erklärt, sie habe über 1 Million Waren in Rumänien gekauft und sei infolge dieser Kriegserklärung jetzt nicht in der Lage, andere größere Abzweigungen zu betätigen. Angeblich sollten für eine halbe Million Aufträge vorliegen und der Zeuge erklärte sich dann dazu bereit, ihr die dazu nötigen Gelder zu beschaffen. Die dann weiter bei diesen „Sondergeschäften“ sich zeigenden Schwierigkeiten wußte Frau K. wie immer zu beseitigen. Als dann der Zeuge auf Rückzahlungen drängte, trat ihm die Angeklagte die schon erwähnte Forderung als Sicherheit ab. Dabei benutzte sie ein mit „a. d. Planitz, Hauptmann im Probantamt Leipzig“ unterzeichnetes Schreiben, worin dem Zeugen mitgeteilt wurde, daß diese Forderung im Betrage von 1 600 000 M. zur Weiterbeförderung übernommen sei und der Intendantur eingereicht werde. Eines Tages erzählte Frau K. dem Zeugen, daß Herr v. Raffert, Kommandierender General des 19. Armee-korps und Hauptmann v. d. Planitz in Berlin zur Abnahme einer Lieferung in Berlin anwesend seien und sie den Zeugen mit diesen Herren bekannt machen möchte. Sie machte dann wieder, als dies geschehen sollte, allerlei Ausflüchte mit dem Schlusseffekt, daß nicht vor dem Ziel dem Zeugen vorgegeben wurde, daß die Herren leider schon wieder abgereist seien. Dem Zeugen wurde dann gesagt, er würde noch von der Intendantur des 19. Armee-korps eine besondere Befähigung über die Forderung erhalten. Als diese Befähigung ausblieb, schrieb er nach Leipzig, erhielt aber darauf keine Antwort. Er forderte dann sein Schreiben von der Intendantur zurück und erhielt es auch. Als dann die Befähigung doch ausblieb, machte der Zeuge der Angeklagten Vorwürfe, wurde dann aber wieder beruhigt, da Frau Kupfer inzwischen dem Zeugen wieder größere Zahlungen leistete. Weiter beruhigte sich der Zeuge dadurch, daß ihm Frau K. ein gefälschtes Schriftstück vorlegte, wonach eine Auszahlung von 3 800 000 M. am 15. Dezember 1916 erfolgen sollte. Der Zeuge entschloß sich dann, der Sache auf den Grund zu gehen und schrieb einen Brief an den Oberleutnant Diemer, in dem er ihm die ganze Situation darlegte und um Auskunft über die Sache bat. Darauf erhielt er, wie er bezeugt, eine ganz kurze Antwort, die dahin ging: Oberleutnant Diemer sei nicht beteiligt an der Firma Kupfer. Dieses kurze Antwortschreiben habe ihn eigentümlich beunruhigt; er sei mit dem Brief zu Frau K. gegangen. Diese antwortete ihm: Diesen Auszug hätte sie ihm von vornherein sagen können, solche separaten Anfragen an ihren Schwager Diemer hätten gar keinen Zweck. Wenn er etwas unternehmen wolle, solle er sie doch erst fragen. Er habe sich nun gedacht, der Oberleutnant Diemer werde mit der kurzen Antwort nur eine Verlegenheitsausrede gemacht haben. Da es ihm aber doch peinlich sein müsse, als Oberleutnant in einem solchen Betrage als Teilnehmer genannt zu werden, würde er doch wohl der Sache auf den Grund gehen müssen, und der Zeuge hat deshalb gemeint, daß es mit der kurzen Antwort nicht abgetan sein würde. Die Angeklagte hat dann noch einmal Theater gespielt, indem sie dem Zeugen vorredete, Erzengel v. Kirchbach käme nach Berlin und bei diesem könnte er sich ja über die ganze Sache erkundigen. Sie verabredete auch mit dem Zeugen ein Zusammenreffen im Hotel Adlon, und als er dort erschien, war zwar Frau Kupfer dort, nicht aber Erzengel v. Kirchbach. Angeblich sollte er „soeben zum Kriegsministerium gegangen“ sein und in nicht bestimmbarer Zeit zurückkehren. Der Zeuge konnte diese Rückkehr nicht abwarten. Er hat dann vergeblich versucht, von Schimmlerfennig Auskünfte über Frau Kupfer zu erhalten und hat sich dann an das Bureau Gospari Roth-Koffi gewandt. Schließlich ist die Sache ins Rollen gekommen und Frau Kupfer verhaftet worden. Zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen dem Zeugen und dem Justizrat Dr. Löwenstein, dem R.-A. Kallischer, dem Konkursverwalter Schmidt kam es dann bei der Berechnung der Gewinne, die der Zeuge gehabt hat. Er bestreitet, daß er bei den Transaktionen so viel verdient habe, wie behauptet worden und gibt seinen Gewinn auf etwa 150 000 M. an. Persönlich habe er keinen Schaden erlitten, dagegen seien die Unterteilnehmer wesentlich geschädigt worden.

Nach der Mittagspause wird die Zeugenvernehmung fortgesetzt. Der Sprachlehrer Wilh. Augsburg hat sich bemüht, für Frau Kupfer Einleger zu besorgen. Von einem derselben hat er 3 Proz. Provision erhalten. Frau Willi Baum, die Frau eines Berliner Arztes, hat, nachdem sie bei der Angeklagten die mehrerwähnten Dokumente und Briefschaften eingesehen, 30 000 M. eingezahlt und zunächst einen Gewinn von 3600 Mark erhalten. Eine zweite Einlage betrug 20 000 M., von der sie nichts zurückgehalten hat. Ihr Schaden beträgt 16 400 M., doch hat die Zeugin für die Zuführung eines Betters eine Provision von 200 M. erhalten. — Eine Berliner-

frau Anna Baidt, deren Mann eingezogen ist, hat Frau Kupfer durch einen „möblierten Herrn“, der bei der Zeugin wohnte, kennen gelernt. Sie hat von ihren Ersparnissen auf die Anregungen der Angeklagten verschiedentlich Summen hingegeben, die sich durch Stehenlassen der Gewinne (10 Proz. alle 14 Tage) schließlich bis auf 50 000 M. anhäufte. Frau Kupfer hat die Zeugin mehrfach, das Geld nun abzugeben, was aber nicht geschah. Der Schlusseffekt war der, daß die Zeugin von den ursprünglich eingezahlten 13 000 M. nur etwa 200 M. zurück erhalten hat. — Auch eine Hausnachbarin der Angeklagten, die Seifenhändlerin Frä. Druginaki, hatte sich mit mehreren tausend Mark beteiligt. Rifferrmäßige Angaben über das Auf und Ab ihres Kontos bei der Angeklagten kann die Zeugin nicht machen, sie nimmt an, daß sie mehr eingezahlt als herausbekommen habe. Die Zeugin muß aber zugeben, daß Frau Kupfer ihr mehrfach Geld gebracht, daß sie dieses aber nicht angenommen, sondern weiter habe stehen lassen. — Nachdem noch eine Gebannte Margarete Diekmann vernommen worden, die einen Schaden von 640 M. erlitten hat, wird die Sitzung auf Freitag vertagt.

Groß-Berlin

Gegen Zurückhaltung von Obst und Gemüse.

Zu den Schwierigkeiten der Obst- und Gemüseversorgung, unter denen die Bevölkerung Groß-Berlins zu leiden hat, äußerte sich gestern die Berliner Stadtverordnetenversammlung. Ein dringlicher Antrag, den alle Fraktionen gemeinschaftlich eingebracht hatten, eruchte den Magistrat, gegen die nach Festsetzung von Höchstpreisen beobachtete Warenzurückhaltung bei den zuständigen Behörden vorstellig zu werden. In der Begründung des Antrages forderte Stadtverordneter Cassel, daß die Behörden, wenn infolge Höchstpreisfestsetzungen die Obst- und Gemüsezufuhren ausbleiben, nötigenfalls zur Beschlagnahme schreiten. Für die sozialdemokratische Fraktion führte Genosse Wurm aus, daß gegen den passiven und sogar aktiven Widerstand der Obst- und Gemüseerzeuger mit aller Schärfe vorgegangen werden muß. Aus den Antworten der Magistratsredner, des Stadtrats Ruge und des Bürgermeisters Reiche, klang es fast so heraus, wie wenn die Knappheit von Obst und Gemüse in Berlin gar nicht so schlimm sei. Stadtrat Ruge stellte in Aussicht, daß man den aufkauenden „Neppern“ das Handwerk legen werde. Genosse Wurm, auch das ist dringend nötig und wurde im „Vorwärts“ wiederholt gefordert. Daß aber unfauberen Praktiken der Produzenten nicht minder scharf entgegengetreten werden muß, brachte die Stadtverordnetenversammlung zum Ausdruck, indem sie den Antrag einstimmig annahm.

Höchstpreise für Gemüse und Obst.

Auf Grund der Beschlußfassung der gemeinsamen Preis-Kommission der Bezirksämter Berlin und Potsdam sind die nachstehenden Preise pro Pfund festgesetzt worden:

für die Zeit vom 29. Juni bis 12. Juli:

Table with 4 columns: Erzeugerhöchstpreis, Großhandelspreis, Kleinhandelspreis, and item names like Erdbeeren, Walderdbeeren, Stachelbeeren, etc.

für die Zeit vom 29. Juni bis 15. Juli:

Table with 4 columns: Erzeugerhöchstpreis, Großhandelspreis, Kleinhandelspreis, and item names like Kohlrabi, Mohrrüben.

Berliner Lebensmittelnachrichten.

Auf Abschnitt 27 der Eierkarte können bis zum 15. Juli drei Eier entnommen werden. Der Preis für ein von der Zentral-Einkaufsgesellschaft gelieferttes ausländisches und für ein von dem Magistrat in den Verkehr gebrachtes inländisches Ei darf in Berlin im Kleinhandel 34 Pf. nicht übersteigen.

Die Frauen in den städtischen Verwaltungsdeputationen. Die vielumstrittene Wahl von Frauen zu städtischen Verwaltungsdeputationen wurde gestern von der Berliner Stadtverordnetenversammlung in ihrer geheimen Sitzung vollzogen. Zu wählen waren für elf Deputationen je eine Frau, für eine Deputation zwei Frauen. Unter den Gewählten sind drei sozialdemokratische Frauen: Frau Bengels für das Hospitalatorium, Frau Wurm für die Abteilung Arbeitsnachweise der Gewerbe-Deputation, Frau Rosenfeld für die Einigungsdeputation. Für die Schulpeisungsdeputation, in die zwei Frauen hineinzuwählen waren, wurde zunächst nur die eine Wahl vollzogen, über die Belegung des zweiten Sitzes, für den die sozialdemokratische Fraktion eine Bewerberin vorschlägt, soll später entschieden werden.

Ein Volkskonzert des Philharmonischen Orchesters findet am heutigen Freitag in den Concordia-Festhallen, Andreadstr. 64, statt. Beginn des Konzerts 8 Uhr, Eintrittspreis 30 Pf., Kasseneröffnung 7 Uhr.

Im Palais-Theater am Zoo findet heute die Erstaufführung der Varietés-Posse „Der Herr ohne Wohnung“ mit Steidl, Müller-Linde, Gertrud Gräbner und Ledendorff in den Hauptrollen statt. Die Posse gelangt in beiden Vorstellungen nebst den unerwähnten Juli-Spezialitäten zur Aufführung.

Advertisement for 'Vorwärts' newspaper subscription, including a form with fields for Name, Straße, Nr., and a note about delivery to homes.

Stülpfleis-Landchen-Palast. „Das Gesetz der Ringe“, das erste Abenteuer des berühmten Detektivs Joe Deebis, gelangt heute zur ersten Aufführung. Max Landa spielt die Hauptrolle.

Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung.

In der letzten Sitzung wurden zunächst debattiert einige kleine Vorlagen angenommen, darunter auch eine über die Einführung von englischem Unterricht an der Elisabethschule (nebst Mittelschule), wo der Unterricht im Französischen bereits für alle Schülerinnen verbindlich besteht. In dem wahlfreien englischen Unterricht, der kostenlos erteilt wird, sollen auch tüchtige Schülerinnen der A-Klassen der Volksschulen zugelassen werden.

Eine lange Diskussion rief die Vorlage über die Zuwahl von Frauen in städtische Deputationen hervor. Der Ausschuss hatte über die Magistratsvorlage hinaus die Zahl der Frauen für die Deputation für die höhere Mädchenschule und zur Vorbereitung von Maßnahmen zur Hebung der Volksschule auf zwei festgelegt, dagegen auf Wunsch des Magistrats bei der Deputation für Gesundheitspflege bei einer Frau belassen. Im Namen der sozialdemokratischen Fraktion verlangte Genosse Kagenstein die Wahl von mindestens zwei Frauen für alle überhaupt in Betracht kommenden Deputationen, wenigstens aber für die Deputation für Gesundheitspflege und für das städtische Volksschulwesen. Auch beantragte er die Wahl der Frauen durch die Stadtverordneten-Versammlung, anstatt durch die Deputation. Der Oberbürgermeister bemerkte, daß bei einer Annahme der sozialdemokratischen Forderungen der Magistrat die Vorlage zurückziehen werde, sodas die ganze Angelegenheit dann mindestens auf lange Zeit verschoben würde. Stadtverordnete (liberal) sah sich durch diese „merkwürdige“ Erklärung veranlaßt, für die Forderungen unserer Genossen einzutreten. Doch wurden sie von der übergroßen Mehrheit der Versammlung abgelehnt, die die Vorlage nach dem Antrage des Ausschusses annahm.

Den Rest der Sitzung füllte eine ausgedehnte Debatte über die Mietsteigerungen. Genosse Kagenstein begründete eine von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachte Anfrage: Welche Maßnahmen gedenkt der Magistrat zu ergreifen, um der in weitem Umfang von Seiten der Hausbesitzer eingeleiteten Steigerung der Mieten und der Gefahr einer dadurch künstlich gesteigerten Wohnungsnot entgegenzuwirken? Er wies eindringlich darauf hin, daß bei den ungeheuer gestiegenen Preisen für jeden Lebensbedarf die von den Hausbesitzervereinen ganz systematisch in Angriff genommenen Steigerungen eine öffentliche Gefahr bedeuten; überaus viele Mieter werden wieder in die Armut gedrückt, die erhöhte Miete aufzubringen, noch andere Wohnungen zu finden. Auch komme die Erhöhung, ja geradezu Unmöglichkeit eines Umzuges bei der gegenwärtigen Zeit hinzu, so daß im Oktober vielleicht Tausende von Familien gezwungen sein würden, mit ihrem gesamten Hab und Gut auf den Straßen zu kampieren. Dieser Gefahr zu begegnen, müsse der Magistrat alle irgendwie Erfolg versprechenden Mittel so früh als möglich anwenden. Bei den zuständigen Behörden, dem Oberkommando und der Regierung, müsse er vorstellig werden, um die ungeschicklichen Mietsteige-

runge zu unterbinden. Das dies möglich sei, betwies eine vor kurzem erlassene Bundesratsverordnung der Schweiz, wonach jede Mietsteigerung und Kündigung der behördlichen Prüfung unterliege. Weiter müsse der Magistrat zeitig Sorge tragen, für die zum Quartalswechsel abzuholenden Geworbenen ausreichende Unterkunft zu schaffen. Angesichts der Milliarden, die für die Kriegswunderer und Lebensmittelprekanten abfallen, müssen auch die Millionen aufgebracht werden, um hier helfend einzugreifen.

Oberbürgermeister Dr. Scholz erklärte, daß bei dem Oberkommandierenden der Marken bereits eine Besprechung mit den Magistratsräten von Groß-Berlin in dieser Frage stattgefunden habe, dabei sei aber nicht anerkannt worden, daß ein so dringender Notstand vorliege, daß ein Eingriff der Militärbehörden erforderlich sei. Auch im Charlottenburger Mietvereinigungsamt habe der Vorsitzende, Stadtrat Sembrißki, die Angelegenheit in einer Sitzung mit den Besitzern (Vermietern und Mietern) besprochen, und auch hier sei man zu der Ansicht gekommen, daß ein gezieltes Eingreifen oder ein Einschreiten auf dem Wege einer Bundesratsverordnung zurzeit nicht zu empfehlen sei. Angesichts der durch den Krieg verursachten großen Notlage der Hausbesitzer müsse man jede Maßregel auf diesem Gebiet doppelt und dreifach überlegen und es wäre falsch, wenn von Stadtwegen diese Frage jetzt in die Hand genommen werden würde.

Das Lied von der Notlage der Hausbesitzer sangen in der dann folgenden Besprechung die Stadtverordneten Liepmann (alte Fraktion) und Meyer (lib.), die vor jedem behördlichen Eingreifen in dieses wichtige Gebiet des Wirtschaftslebens dringend warnten. Genosse Kagenstein wies demgegenüber noch einmal auf die große Notlage hin, die durch die bevorstehenden ganz systematisch betriebenen Mietsteigerungen und Kündigungen hervorgerufen werden müßten, deren schlimme Folgen sich noch gar nicht übersehen lassen. Man solle mit Maßnahmen nicht warten, bis es zu spät sei. Auch der Stadtverordnete (lib.) führte aus, wie verfehlt es sei, ungesundete Hausbesitzer durch Mietsteigerungen künstlich halten zu wollen, anstatt ihn zusammenzubrechen zu lassen; das muß gerade die Gesundung der Grundbesitzverhältnisse nach dem Kriege als das äußerste ersehnen.

Beschlüsse konnten naturgemäß nicht gefaßt werden.

Charlottenburg. Geschäftzeit der Militärkommission. Die Militärkommission im Rathaus, Zimmer 141, ist von jetzt ab an sämtlichen Wochentagen von 8-3 Uhr und außerdem nur an den beiden Nachmittagen Mittwochs und Sonnabends von 5-7 Uhr geöffnet. An den übrigen Nachmittagen und an den Sonn- und Feiertagen ist die Kommission geschlossen.

Tempelhofer Lebensmittelmärkte. In dieser Woche werden außer den üblichen Lebensmitteln 2 Pfd. Kartoffeln oder 200 Gramm Gebäck auf die vier weichen Abschnitte der Kartoffelarte und 800 Gramm Gebäck auf die übrigen sechs Abschnitte verteilt, ferner ein Pfund Marmelade (Süßfruchtmarmelade Pfund 60 Pf. und andere Marmelade Pfund 60 Pf.). Die Marmelade muß bis Sonnabend

entnommen werden, da das Bezugsrecht auf Abschnitt 20 der roten Lebensmittelkarte erlischt. Weiter werden abgegeben auf je zwei Lebensmittelkarten Abschnitt 21 Griech. 1 Pfund 28 Pf., Abschnitt 22 1 Paket Puddingpulver 14 Pf. und 1 Pfund Magerfleisch 60 Pf. Diese Waren müssen bis einschließlich Montag entnommen sein. Von Sonnabend bis Dienstag werden auf Abschnitt 3 der gelben Lebensmittelkarte 2 Eier a 36 Pf. verabfolgt.

Friedrichshagen. Lebensmittelverkauf. Heute gelangen auf Abschnitt 8 der Lebensmittelkarte folgende Lebensmittel zur Ausgabe: Kondensierte Magermilch, pro Dose 90 Pf., Ionen, Vollmilch, Dose 1,10 M., Rindfleisch zum Braten von 20 Pf. und Schinken oder Schellfisch in Seeeis zum Preise von 30 Pf. für je 1/2 Pfund. Für jede Haushaltung ist auf 1-3 Karten eine Dose Milch und je 1/2 Pfund Fischwaren bestimmt.

Ordnung. Ungültige Brotkarten. Infolge vorgekommener Unregelmäßigkeiten bei der Drucklegung der Brotkarten sind die für die Zeit vom 2. bis 29. Juli ausgegebenen Brotkarten außer Kraft gesetzt. Sie werden durch neue ersetzt.

Gerichtszeitung.

Föjener Getreidebeschickungsprozeß. Bei den zur Erörterung gelangten Fällen wird festgestellt, daß Roggenkleinbrot bei den verschiedensten Geschäften doch gewaltige Verbiegung erzielt hat. So kaufte er einen Posten Reinkleinkleibrot und zahlte für die Tonne 500 M., also für den Zentner 25 M. Den mit 25 M. gekauften Zentner verkaufte er für 34 M., trotzdem er an dem Zentner nur 25 Pf. Unkosten hatte. Ferner kaufte er 10 000 Kilogramm Sonnenblumenöl, die Tonne zu 500 M. Er verkaufte diesen Sonnenblumenöl die Tonne mit 600 M. (!), obgleich die Kosten für Lager, Umschichten, Schwund und Sacke nicht erhebliche waren. Die landwirtschaftlichen Sachverständigen verbreiten sich eingehend über die verschiedenen Arten Gemenge, über Reinkleinkleibrot, Erbsen, Weizen usw. Direktor Paul Groll hebt hervor, daß in Friedenszeiten der Roggen an der Tonne bei diesen Preisen auf 5 M. festzusetzen sei, in Kriegszeiten aber auf etwa 10 M. angenommen werden könne. — Staatsanwalt Dr. May beantragte zwei Jahre Gefängnis, fünf Jahre Ehrverlust und 1001092 M. 76 Pf. Geldstrafe.

Jugendveranstaltungen.

Schöneberg. Arbeiter-Jugend. Morgen Nachhakt nach Ordnung mit anschließender Fabelhaft. Treffpunkt: 7,10 Uhr Kaiser-Wilhelm-Platz. Freitag 10. Mittwoch: Spielen auf dem Platz Rudowstraße. Anfang 8 Uhr. Gäste sind bei allen Veranstaltungen willkommen.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabend mittag. Im Osten vorwiegend heiter und trocken; im Westen häufig bewölkt und schwache Gewitter; am Tage überall sehr warm.

Deutsches Theater.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Max Pallenberg
in **Famille Schmeck.**
Kammerspiele.
Heute u. folgende Tage 7 1/2 Uhr:
Die Tänzerin
(mit Leopoldine Konstantin).
Volkstheater. Theat. a. Blöowplatz.
Untergrund. Schönhauser Tor.
Heute u. folgende Tage 7 1/2 Uhr:
Die Königin der Luft.
Lessing-Theater.
Heute u. folg. Tage 8 Uhr:
Marie Ottmann u. Hans Wasmann in
Oper v. O. Blumenthal.
Niobe. Musik v. Osk. Straus.
Dir. C. Meinhard — R. Bernauer.
Theater i. d. Königgrätzer Str.
8 Uhr: **Schnitzler-Abend.**
Komödienhaus
8 Uhr: **Wie fessle ich meinen Mann?**
Berliner Theater
7 1/2 Uhr: **Die tolle Komteß.**

URANIA
Taubenstraße 48/49.
8 Uhr:
Torpedo-Oberleutnant a. D. P. F. Kuhl:
Der Möwe Flug.
Rose-Theater.
7 1/2 Uhr: **Der Mann seiner Frau.**
Gartenb.: Berlin wie es lieb u. haßt.
Spolito
FRIEDRICHSTR.-AN-DEK-KOCHSTR.
Allabendlich 7 1/2 Uhr:
Das vielseitige
Varieté-Programm!
Die Kasse ist ab 10 Uhr geöffnet

Walhalla-Theater.
7 1/2 Uhr:
Zigeuner.
Gartenbahnh. Vorstellung.
Palast
Theater am Zoo
Tägl. 7 1/2 Sonnt. 3 1/2 u. 7 1/2
Letzte Woche!
Triumph der Schönheit
und die hervorragenden
Juni-Spezialitäten.

Voigt-Theater.
Sadstr. 55. Sadstr. 55.
Täglich große Extravorstellung.
Pieper und Sperling
Erstklassiges
Spezialitäten-Programm.
Uml. Sonntags 4. wochent. 7,5 Uhr.

Admirals-Palast.
Abrekadabra
großes phantastisches Ballett
auf dem Eis.
Angenehmer kühler Aufenthalt
7 1/2 Uhr. Vorzügl. Küche.

1000
Verdienst möglichkeiten
bieten sich täglich dem, der es versteht, sein Wissen den Anforderungen der Gegenwart anzupassen; denn Wissen ist Macht und Geld. Die beste Gewähr einer umfassenden allgemeinen u. fachlichen Ausbildung bietet die **Methodo Rustin** (Mitarbeiter: 5 Direktoren höherer Lehranstalten, 22 Professoren).

Rasche und gründliche Ausbildung
ohne Lehrer durch Selbstunterricht unter energischer Förderung des Einzelnen durch den persönlichen Fernunterricht. Wissenschaftl. geb. Mann. Wissenschaftl. geb. Frau. Geb. Kaufmann. Die geb. Handlungsgehilfin, Bankbeamte, Einj.-Freiw.-Prüf., Abit.-Exam., Gymn., Realgymn., Oberrealschule, Lyzeum, Oberlyzeum, Mittelschullehrerprüfung, Zweite Lehrprüfung, Handelswissenschaften, Landwirtschaftsschule, Ackerbauschule, Präparand, Konservatorium. Ausführl. 60 S. starke Broschüre über bestandene Examen, Beförderungen im Amte, im kaufmännischen Leben usw. kostenlos durch **Bonnes & Hachfeld, Potsdam** Postfach 224.

Metropol-Theater
7 1/2 Uhr: **Die Czardasfürstin.**
Residenz-Theater
7 1/2 Uhr: **Die Konkurrenten.**
Schiller-Theater O
7 1/2 Uhr: **Robert und Bertram.**
Schiller-Th. Charlottenb.
7 1/2 Uhr: **Kammermusik.**
Thalia-Theater
7 1/2 Uhr: **Sonnwandzauber.**
Theater am Nollendorfpl.
7 1/2 Uhr: **Die Gulaschkanone.**
Theater des Westens
7 1/2 Uhr: **Stolze Stea.**
Trianon-Theater
7 1/2 Uhr: **Der Star.**

Zirkus A. Schumann
Bahnh. Friedrichstr. Anf. 8 U.
Rauchen gest. Kühler Aufenthalt.
Das **Zirkus-Varieté-** Programm.
U. a.:
Auf der Alm.
Doley und Partner,
Kom. Radfahrer.
Vers phänom. Drahtseil-Akt.
Peppos kom. Dressur-Akt.
Halali Parforce-Schnitzel-Jagd.
Univerfal-Briefsteller 3,50 Mark, Buchhandlung Schmidt's, Lindenstraße 3 (Radem).

Pötzlich und unerwartet ist unser Inspektor
Theodor Hartmann
im Alter von 48 Jahren infolge Gehirnschlags gestorben. Der Heimgangene war seit circa 6 Jahren in eifrigster, treuester Pflichterfüllung bei uns tätig bis in die Mitte in der Ausübung seiner Dienstpflicht, der er sich immer mit größtem Interesse hingab, der Tod gestern abend abrief.
Wir werden diesem guten, tüchtigen und ehrenhaften Beamten, der allen seinen Mitarbeitern nahe gestanden hat, allezeit eine dankbare Erinnerung bewahren.
Berlin, den 27. Juni 1917. 5005L.
Die Direktion der Löwen-Brauerei A.-G.,
Berlin-Hohenschönhausen.

Am Mittwoch, den 27. Juni, abends entschlief nach kurzem, aber schwerem Krankenlager meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwiegermutter, Großmutter und Tante
Franziska Wenzel
geb. Schrepffer
im 46. Lebensjahre.
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Kaspar Wenzel.
Die Beerdigung findet morgen Sonnabend, den 30. Juni, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Parkfriedhofes in Lichterfelde aus statt.
Straßenbahnverbindung: Lichterfelde, Gändelplatz—Parkfriedhof.

Volks-Feuerbestattungs-Verein Groß-Berlin
1913
Die Beerdigung unseres verstorbenen Mitgliedes, Herrn
Franz Virgens
Cöpenick, Flemmingstraße 12, findet morgen Sonnabend, nachmittags 5 Uhr, im Krematorium Treptow-Daumshulowweg statt.
Ehre seinem Andenken!

Sozialdemokrat. Bezirksverein Lichterfelde.
Den Mitgliedern geben wir hiermit gegiemend Kenntnis von dem Ableben unseres langjährigen Parteimitgliedes, der Genossin Frau **Franziska Wenzel.**
Die Beerdigung findet statt am Sonnabend, den 30. Juni, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des hiesigen Parkfriedhofes aus.
Um zahlreiche Beteiligung bittet
Die Bezirksleitung.

Spezialarzt
Dr. med. Coleman
für Haut-, Harn-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Beiskrank, **Ehrlich-Hata-Kuren**, (Dauer 12 Tage), Behandlung schnell, sicher und schmerzlos ohne Berufsstörung.
Königstr. 34-36, Alexandrpl. Spr. 10-1 u. 5-8, Sonnt. 10-1.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachrufe.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser **Wilhelm Kurth**
am 19. Juni an Quälleiden gestorben ist.
Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Feinschneidemeister **Heinrich Schäfer**,
Ulrechtstr. 23,
gestorben ist.
Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser **Karl Schubert**
am 25. Juni an Lungenerleiden gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
177/2 **Tie Erbverwalter.**

Am 10. Juni fiel auf dem Kriegsschauplatz durch eine Allgerombomben unter früherer langjähriger Mitarbeiter und lieber Kollege, der Schriftsetzer
Alexander Fickert.
Sein lebensvolles Wesen und sein tiefer Charakter wird dauernd in Ehren gehalten werden. 27988
Mitschuldig erhalten wir die traurige Nachricht, daß unser lieber Kollege, der Maschinenmeister
Otto Hammers
am 10. Juni im 30. Lebensjahre seinem Leben erlegen ist.
Auch diesem Kollegen wird ein ehrendes Andenken bewahrt.
Das Personal der Kgl. Hofbuchdruckerei E. S. Mittler & Sohn, Berlin.

Königliche Eisenbahndirektion
33 B. 5.
Daße (Eau), den 26. Juni 1917.
Vom Sonntag, den 1. Juli d. J. ab werden die Züge E 114 (Breslau—) Görlitz (ab 11 1/2) — Berlin Görl. Bf. (an 2 1/2) und E 101 Berlin Görl. Bf. (ab 10 1/2) — Görlitz (an 2 1/2) — (Breslau) in **Schnell-(D-) Züge** umgewandelt. 262/7

Kennen Sie die Wohltat
einer **Leibbinde?**
Sämtliche Systeme am Lager resp. nach Maßanfertigung sowie
Bruchbandagen aller Art.
Artikel z. Gesundh.- u. Krankenkassen
Pollmann, Bandagist
Berlin N., Lothringer Str. 60.
Lieferant für Krankenkassen.
H. Pfau, Bandagist
Berlin, Direksenstraße 20
zwischen Bahndorf Alexanderplatz und Volksteatrum. — Amt Kst. 3208.
Für Damen Frauen-Bodienung. *
Referant für alle Krankenkassen

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Cabaret
„Feld-grau“
Anfang 7 1/2 Uhr.

Möbelfabrik Rob. Seelisch
BERLIN O 112, Rigaer Str. 71-73a
empfiehlt gute preiswerte Möbel
Muster- u. Lagerräume:
6696 □-Meter groß.
Besichtigung ohne Kaufzwang gestattet.
Illustrierte Kataloge Nr. 13 gratis und franko!
Sonntags von 12-2 Uhr geöffnet.

Bücher und Zeitungen
Jeder der liefert die Buchhandl. Bornh. Bestellungen nimmt jede Büchereibehaltung entgegen.

Die Preobraschzenen.

Aus den Petersburger Revolutionstagen.

Das russische Garderegiment Preobraschenski hat eine revolutionäre Tradition, die schon im Jahre 1741 einsetzt, als die Garde Peters des Großen Tochter Elisabeth auf den Thron erhob.

In der „Nacht“ wird nun, wie vor der „Reff. Fla.“ entnehmen, die Haltung des Regiments während der kritischen Tage eingehend geschildert. Es geht daraus hervor, daß Offiziere der Preobraschzenen schon an der Befreiung Kasputins beteiligt waren und daß einige junge Offiziere, Nachkommen der Dekabristen, selber eine Revolution in Szene setzen wollten.

In der Taurischen Kaserne, dem Stützpunkt des größten Teils der Preobraschzenen, wurden die Truppen am 10. März mobil gemacht, um gegen die drohende Bevölkerung verwendet zu werden. Als man den Mannschaften scharfe Patrouillen ausgab, erklärte Major Leonij Eliot, er werde nicht auf Voll schießen, und die Unteroffiziere sagten jedem einzelnen Mann, man erwarte, daß alle Patrouillen wieder ungedrückt zurückgebracht werden.

Es war etwa neun Uhr, als der Zug auf dem Viteinskoj Platz eintraf, der auf die Alexanderbrücke hinführt, durch die man das Woborger Viertel erreicht, eines der größten und von der Revolution am stärksten ergriffenen Arbeiterviertel Petersburgs. Dem Kreisgericht am Viteins-Prospekt gegenüber steht eine große Gewerkschaft, deren Arbeiter die Arbeit einstellen und auf die Straße gingen.

Feuer gegen das Gebäude und als ein einziger Soldat „Hurra“ rief, künnten Tausende das Haus, das in wenigen Augenblicken völlig zerstört wurde. Es war drei Uhr nachmittags geworden.

Ganz anders verliefen die kritischen Tage für das in der Millionaja-Straße lebende Bataillon des Regiments. Die Kaserne dieses Bataillons ist an die Kaiserliche Eremitage angebaut, die mit dem Winterpalast verbunden ist, so daß die Truppen, ohne auf die Straße gehen zu müssen, durch lange Korridore in den Palast geführt werden können.

Schon am 8. März wurde eine Kompanie unter dem Befehl des Hauptmanns Schepizyn, der 28 Monate lang an der Front gestanden und alle Kriegsauszeichnungen erhalten hatte, ausgeschied, um den Zugang vom Nebois-Prospekt zum Schloßplatz vor dem Winterpalast abzusperren. Den ganzen Tag hindurch bemühten sich die Offiziere, der immer bedrohlicher anschwellenden Menschenmenge freundlich zuzureden, um ein Unheil zu verhüten.

In der Frühe forderten die Soldaten, auf die Straße geführt zu werden, um an den noch nicht erloschenen Kämpfen teilzunehmen. Als das Bataillon in Marschkolonne mit der Musikkapelle bereitstand, beschloßen die Leute, zunächst nach dem Taurischen Palaste zu ziehen. Kaum waren sie abmarschiert, als der Abgeordnete Schidlowski im Automobil vor der Kaserne vorfuhr und die Offiziere, die dort zurückgeblieben waren, in das Dumagebäude einlud.

Die Gehirnforschung, deren für die Kenntnis des Zentralnervensystems überaus wichtige, heute geradezu unentbehrliche Ergebnisse hauptsächlich auf dem Wege über Deutschland der internationalen Wissenschaft abgemittelt wurden, hat sich auf den Arbeiten des deutschen Gelehrten Paul Flechsig auf, dessen 70. Geburtstag am 20. Juni ein wenigstens kurze Würdigung der Haupttätigkeit seines Lebenswerkes erfordert.

Ein Bahnbrecher der Gehirnforschung.

Die Gehirnforschung, deren für die Kenntnis des Zentralnervensystems überaus wichtige, heute geradezu unentbehrliche Ergebnisse hauptsächlich auf dem Wege über Deutschland der internationalen Wissenschaft abgemittelt wurden, hat sich auf den Arbeiten des deutschen Gelehrten Paul Flechsig auf, dessen 70. Geburtstag am 20. Juni ein wenigstens kurze Würdigung der Haupttätigkeit seines Lebenswerkes erfordert.

Viertes Kapitel.

Erschöpft vom ersten Ausmarsch und der Gefechtsübung in der stehenden Aprilsonne, der erschaffenden Frühlingsluft und dem anstrengenden Gelände erklimmte das heimkehrende Bataillon den Hügelrücken, der das Steinachtal vom Treusdäbter See trennt. In den halbausgelösten langen Kolonnen herrschte nicht mehr die morgendlich überschäumende Lust zu Lied und Scherz; stumm schloß sich Gruppe an Gruppe und mitleiderregend hingien die schwerbehafteten Oberkörper vorne über.

F. Muenzel in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ ausführlich, daß er im Jahre 1873 als Mitarbeiter Karl Ludwigs in dessen Leipziger Institut eintrat, das damals im Mittelpunkt der deutschen medizinischen Forschung stand. Der Förderung, die dem jungen Gelehrten in diesem Institut zuteil wurde, ist nicht zuletzt seine erste, 1875 erschienene große Arbeit zu verdanken, die wissenschaftlich Neues über die Leitungsbahnen im Gehirn und Rückenmark des Menschen auf Grund entwicklungs-geschichtlicher Untersuchungen brachte.

Buttermilch.

Wie so manches, was man früher gering schätzte, findet jetzt die Buttermilch, die gerade in den letzten Zeiten in etwas größeren Mengen auf den Markt gelangt ist, mehr Beachtung, und es wird damit nur ein Unrecht aus der vergangenen Friedenszeit wieder gutgemacht. Wie Dr. Kleinböhl in der „Deutschen Nahrungsmittel- und Ernährungswissenschaft“ schreibt, sagt ein altes Sprichwort: „Buttermilch aus dem Kessel, vertreibt alle Uebel“.

Notizen.

- Vorträge. In der Treptow-Sternwarte spricht am Freitag 8 Uhr Dr. Ardenbold über „Die neuesten Ergebnisse der Sonnenforschung, insbesondere über die Einflüsse der Sonnenflecken auf irdische Erscheinungen“.
- Eine Sommeroper im Schiller-Theater O. wird von Frau Direktor Frida Jürst geleitet werden.
- Ein neuer Entdecker Rembrandt. Im Hohenzollern-Museum ist vorübergehend ein bisher unbekanntes Bild von Rembrandt ausgestellt worden, des Geheimrats Seidel in den Bilderräten der königlichen Schlösser aufgefunden hat.

Der starke Mann.

Eine schweizerische Offiziersgeschichte von Paul Hg. Hatte sich die Volkswut in diese berauschte Schlächterseele vertrocknet, um aus dem Hinterhalt doch noch ein blutiges Opfer zu heischen? Adolf Lenggenhager sah in der verzerrten Miene des Halbhirns nicht den blinden Zufall, den zu bändigen die Kraft und Gewandtheit seines Armes wahrscheinlich genügt hätte. Dieser Eine verkörperte ihm alle... Der leidenschaftige Demos glöhte ihn aus den besudelten Jügen an; der ekelerregende Hauch des Aufruhrs entfuhr den fließenden Zähnen.

und sich in den Bügeln halbwegs aufrichtete. Es war ihm hierbei jedoch nicht darum zu tun, die Mannschaft zu mustern oder anzuspornen. Er blickte auf die verdorrte Schar, die sich stumpf sinnig bergan schlangelte, weniger wie ein Befehlshaber, sondern mehr wie einer, der im stillen Abschied nimmt von einem vertrauten Bilde.

Seit Wochen ritt er gleichsam von einem blutigen Latort hinweg, suchte er seinen festgefügteten Alltag wieder zu erreichen. Es gelang ihm nicht. Die düsteren Ereignisse jener Märznacht folgten ihm auf Schritt und Tritt, im Schlaf wie im Wachen; sie umzingelten sein Dasein, brachten feindliche Mächte gegen ihn auf und gruben ihm das Wasser ab. Suchend glitt sein scharfer Blick über die gekenteten Köpfe der Soldaten. Auch in diese Reihen war die Nachsucht der Gasse eingedrungen; sie verfinsterte die jungen Seelen, sobald Oberleutnant Lenggenhager vor sie hintrat, ihre Leistung tadelte oder Befehle erteilte.

Nun hatte sogar die oberste Behörde die Art an seine Existenz gelegt und ihm eröffnen lassen, daß er bis nach den Verhandlungen des Militärgerichts beurteilt sei. Diese Mahregel, welche nur die Hürdsprache seines Günsters bislang verhinderte, war ja leicht zu verstehen. Der Mann, dessen Name, dessen Taten tagelang wie mit einem Schallrohr ausposaunt, kritisiert und verlästert wurden, mußte im Interesse der Ordnung vom Schauplatz verschwinden, bis eben genügend Gras darüber gewachsen war. So gern Lenggenhager dieser Sturmflut getrotzt hätte — schließlich sah er die Notwendigkeit seines Abgangs vom Treusdäbter Waffenplatz selber ein. Die Person und ihr gutes Recht sollte dem heillosen Vorurteil der breiten Masse, wenn auch nur zum Schein, geopfert werden.

(Fortf. folgt.)

Gewerkschaftshaus.

Sonntag, den 1. Juli 1917

Im herrlichen Naturgarten, genannt die Dase des Orens:

Doppel-Konzert.

Der Götterbaum in voller Blüte.

Sonntag mittag:

Bruchfallhale	0,30	Zeitente	3,00
Steinbutt hollandais	2,00	Rehente	3,00
Spinal mit Ei	2,00	Rompot oder Salat	0,40

Abends:

Ein gr. Posten **Fettgänse** und **Fettenten** a Portion 4,-

Sonnabend:

Ein sehr billiger Schnellverkauf **Kaninchen** a Pfd. 3,75

Kaninchen-Kasseler a Pfd. 5,00

Ein großer Posten **Fettchühner, Fettenten u. Fettgänse.**

Beschlagnahmefreie Mengen gebrauchter

Sektforcken Weinforken

25 Pfd. das Stück 4 Pfd.

Zelluloid-Film-
Guttapercha-
Hartgummi-
Wachswalzen-
Schallplatten-

Abfälle lauft

Ordower G. m. b. H.

Georgenkirchstr. 50,
b. Alexanderplatz.
9-12, 3-6 Uhr.

Spezial-Arzt

Dr. med. Hasche,
Friedrichstr. 90
Behandl. von Syphilis, Haut-,
Harn-, Frauenleiden, spez. Chron.
Häute. Ehrlich-Galen-Kuren, Kälte-
kuren, kürzeste Behandlung ohne Be-
rührung. Blutuntersuchung. Abg.
Breite. Teilzahlung. Sprechstunden
10-1 und 5-8, Sonnt. 11-1.

Arbeiter-

Gesundheits-Bibliothek

Jedes Heft 20 Pfg.

Uhren - Goldwaren

Piltz & Co., Lindenstr. 109.

Reifen, Edralbohrer, Werkzeuge,
Stahl, lauft Metallverkauf Herrmann,
Kottbuser Damm 66.

Platinabfälle! Gramm bis 7,70!
Lohngebilte! Schmuckstücke! Ketten!
Kinge! Währstücken! Währstücken!
Kette! Silberabfälle! Silberabfälle!
Silberabfälle! Silberabfälle!
Silberabfälle! Silberabfälle!
Alexander 4248. 98*

Möbelverkauf! Kleiderchränke,
Verticos, Plüschsofas, Trumeaus,
Bettstellen, Waschtischen, Küchen-
einrichtung, ganze Wirtschaften und
Küchlein lauft höchstzahlend Höfer,
Kriegerstraße 71. (Korridor 1078).

Kauf alles: Firnis, Leim,
Bienenwachs, Paraffin, Kopal ufm.
Nasse anerkannt höchste Preise. Road,
Große Frankfurterstraße 25. 55/4*

Platinabfälle per Gramm bis
7,80 Mark, Ketten, Kinge, Schmuck-
stücke, Bestecke, Uhren, Tafelaufsätze,
Tassen, Plin, und Platinabfälle,
photographische Rückstände, Papiere,
Schlammstücke, alte Zahngebisse, so-
wie sämtliche Abfälle, deren Rückstände
und Gefüge u. lauft Katin- und
Silberabfälle, Berlin, Köpenicker-
straße 29. Telefon Moritzplatz
3476. Eigene Schmelze, direkte
Verwertung. Vertreterbesuch.

Schallplatten, abgeplattete, sowie
zerbrochene, lauft und lauft jedes
Quantum, Musikhaus, Große Frank-
furter Straße 110. 2428*

Elektrische Materialien aller Art
lauft Schumann, Veteranenstraße 25,
hochpartiere. Telefon Norden 558.

Leinwandstoffe, Borax, Kopal, Ko-
pophonium, Jerezin, Paraffin, sämt-
liche Friedensstoffe, Emailleerde,
Terpentinöl, Terpentinmergel, Leim
und ähnliches lauft höchstzahlend
Wolter, Tauerstraße 6. 1918*

Gebrauchte, beschlagnahmefreie
Sektforcke bis 25 Pfennig, Weinforken
1/2, 3/4, Wennig sowie alle anderen
Sorten gebrauchte und neue Forcke,
jeden Posten, Schallplatten und wozu
genügt lauft Matthias, Berlin, Alte
Leipzigerstraße 21. 1239*

Briefmarkensammlung lauft
Schler, Kaufherstraße 52. 2641b*

Unterricht

Mandolinspiel, Gitarren-,
Lautenspiel, Dreimonatskurse zur
perfekten Ausbildung, 6.- Monats-
honorar, auf Wunsch auch in
kürzerer Zeit. Lehrinstrumente billigst.
Klavier, Violine unterrichtet Knecht,
Friedrichstr. 166. 2748*

Englischen Unterricht für An-
fänger und Fortgeschrittene, sowie
deutsche und französische Stunden er-
teilt G. Swienty, Charlottenburg,
Gutgartenerplatz 9, Gartenhaus IV.

Verschiedenes

Elektrische Sicherungen repariert
Verker, Schönhauser Allee 158,
Norden 6168. 2498*

Vehrfuhrwert, Einpänner und
Zweipänner, jede Arbeit, führt
prompt aus Friedrich, Landsberger
Allee 51, Alexander 1127. 2778*

Pateln, 6 Prozent Teilzah-
lung, auf Hypothekendarlehen 5 Pro-
zent, gibt Bankverein Charlotten-
burg, Wilmersdorferstraße 163.

Vermietungen

Zimmer
Freundlich möbliertes Zimmer
hinter dem bei Röhre Sorger,
Schmiedestraße 236, vorn 1 links.

Mietgesuche
Nahliges Zimmer zum 1. Juli
von jungem Mädchen zu mieten ge-
sucht. Angebote unter N. 3. Ex-
pedition des „Vorwärts“. 2764b*

Arbeitsmarkt

Stellenangebote
Vorder sofort gesucht. Meldungen
zwischen 10-12 Uhr vormittags in
unserer Hausinspektion. Kaufhaus
des Westens G. m. b. H., Berlin
W 50, Lauenburgerstraße 21/24.

Gaundienner sofort gesucht. Mel-
dungen zwischen 10-12 Uhr vor-
mittags in unserer Hausinspektion.
Kaufhaus des Westens G. m. b. H.,
Berlin W 50, Lauenburgerstraße 21/25.

Trechner für Ovaleformen ver-
langt Parzellfabrik, Charlottenburg,
Galzauer 22. 2478*

Rolleischer, erfahren und zu-
verlässig, mit guten Zeugnissen, sucht
Spezialer Adolf Koch, Köpenicker-
straße 54. 2778*

Arbeiter, großer, kräftiger, für
Verladen, Verpacken, Maschinen ab-
reihen und putzen gesucht. Wächter-
fabrik Dirsch, Kanthstraße 39. 746*

Zuschneider, männlich, sucht
Poligrammfabrik Gustav Biethoff,
Ritterstraße 17. 2789b

Gaundienner, Arbeitsbursche
verlangt Kasten, Greifswalder-
straße 209.

Kräftige Arbeiter und Ar-
beiterinnen zum Einsteifen, Einstei-
verpackung, Eibenstraße 28. 7182

Korbmacher verlangt Henfels,
Zeigense, Langhausstraße 33. 717*

Bureaubursche mit guter Schul-
bildung, Aussicht auf Verbesserung,
für leichte Bureauarbeit und gelegent-
liche Botengänge für sofort gesucht.
Deutscher Postverband, Große Frank-
furterstraße 53. 763

Arbeiterinnen werden bei guter,
dauernder Beschäftigung sofort noch
eingestellt. Munitionsfabrik Josef
Hellbach, Berlin - Köpenickerstraße,
Gödelstraße. 2298*

Gaundiennerinnen, kräftig, so-
fort gesucht. Meldungen um 10-12
Uhr in unserer Hausinspektion. Kauf-
haus des Westens G. m. b. H.,
Berlin W 50, Lauenburgerstraße 21/24.

Vaderinnen sofort gesucht. Mel-
dungen zwischen 10-12 Uhr vor-
mittags in unserer Hausinspektion.
Kaufhaus des Westens G. m. b. H.,
Berlin W 50, Lauenburgerstraße 21/24.

Damen und Mädchen für leichte
Handarbeit sucht Pulverfabrik Marsch,
Kommandantenstraße 18. 2778*

Tüchtige Silberpoliererinnen auf
Eiserne Kreuze sofort gesucht. D.
Weig, Seydelstraße 25. 2778*

Vertänferinnen, tüchtige, für
Kurzwaren sofort gesucht. Meldungen
1-2 Uhr mittags oder 6-7 Uhr
abends. A. Jandorf u. Co., Belle-
alliancestraße 12. 2538*

Kassiererinnen, tüchtige, sowie
junge Damen mit schöner Hand-
schrift, welche gut rechnen können,
als Lehrkassiererinnen sofort gesucht.
Meldungen 1-2 Uhr mittags oder
6-7 Uhr abends. A. Jandorf u. Co.,
Bellealliancestraße 12. 2538*

Arbeiterinnen für Zigaretten-
maschinen, auch zum Anlernen.
Raffard, Ellabellstraße 7. 55/2*

Vaderinnen, nur geübte, Raffard,
Ellabellstraße 7. 55/3*

Frauen zum Flaschenputzen und
für Kellerarbeiten verlangen Koedel
u. Vetter, G. m. b. H., Offen-
bacher, Alexanderstraße 22. 2498*

Korbweberinnen, im auferm, große Posten
sofort. Reinert, Stolpischestraße 37,
Königsplatz. 2788*

Geübte Leimerin lauft Holz-
rahmenfabrik Gustav Biethoff, Ritter-
straße 17. 2789b

Puppenfleider-Räberin, leichte,
zugelassene Sachen, verlangt
Karlmann, Reudenburgerstraße 32.

Junges Mädchen, leichte Arbeit,
sofort verlangt. Reinert, Stolpische-
straße 37, Sinfonienkonktion, Zabit-
gebäude parterre. 7132

Blasen-Stieperinnen, Zusammen-
setzerin im auferm, große Posten
sofort. Reinert, Stolpischestraße 37,
parterre. 716

Trethant-Arbeiterinnen verlangt
Bura. Pumpen- und Maschinen-
fabrik, Oranienburgerstraße 5.

Reparatur-Schlosser lauft Be-
schäftigung, auch Gas und Wasser,
eventuell außerhalb, Privat oder
Fabrik. Müller, Reinickendorf, Ders-
bische 12. 754

Notenfrau, Tour Reinickendorf,
West, stellt ein Kienath, Hirschstraße
10, „Vorwärts“-
Expedition.

Zeitungsaufträgerin für große
Tour mit Hufe sofort einzustellen.
Bismarck-Expedition Koenig, Wilhelms-
basenerstraße 48, von 11-12 und
4 1/2-7 Uhr.

Zeitungsaufträgerin verlangt
Berendsee, Steglitz, Kommenstr. 59.

Zeitungsträgerin sofort verlangt.
Expedition Nichtenberg, Bartenberg-
straße 1, Laden.

Frauen zum Zeitungsauftragen
sucht „Vorwärts“-Ausgabestelle all-
Borghagen 56, Laden.

Zeitungsaufträgerinnen können
sich melden. „Vorwärts“-Ausgabe-
stelle, Kaufherplatz 14/15.

Tüchtige Leitspindel- und Revolverdreher Schreibmaschinenmechaniker

stellt ein
Einstellungsbureau Auergesellschaft,
Berlin C 17.

Motorenschlosser für Flugmotoren

gefucht. 1442*
Deutsche Motoren-Baugesellschaft,
Berlin-Marienfelde, Straße 94 (neben Eiko-Film).

Tüchtige Dreher

Preßwerk Quack & Bungerz, Birkenwerder.
Autogen-Schweißer,
Arbeiter, Arbeiterinnen und
Arbeitsburschen werden verlangt.
Wolf Netter & Jacobi
Adlershof
Verzinkerel und Eisenkonstruktionen. 50032

Wir suchen für dauernde Beschäftigung in unseren Betrieb
ungelehrte Arbeiter u. Platzarbeiter sowie Frauen
in größerer Zahl; ferner
Heizer, Schlosser, Dreher, Maschinen-
arbeiter, Maurer, Zimmerer, Schreiner,
Maler.
Arbeitssuchende wollen sich schriftl. od. mündl. wenden an
Arbeiter-Annahmestelle Pulverfabrik Premnitz,
Rathenow, Bahnhofstraße 22.

Spleißer-Vorarbeiter und mehrere Spleißer

auf Dordensseite sofort gefucht. 50042
Sablatnig Flugzeugbau, Schlesi-
sche Straße 26.

Spitzendreher Werkzeugmacher

für Präzisionsarbeit gefucht. 1442*
Deutsche Motoren-Baugesellschaft
Berlin-Marienfelde - Straße 94 -
(neben Eiko-Film).

Schlosser, Klempner, Tischler, Bootsbauer, Werkzeugmacher, Maschinenarbeiter

stellt ein 49442*
„Albatros“, Gesellschaft f. Flugzeugunternehmungen m. b. H.
Abt. Wasserflugzeuge und Reparaturwerkstatt,
Friedrichshagen.

Verkäuferinnen

für die Abteilung
Seifen
sowie
Kassenkontrollen
sofort gefucht.
Meldungen: 1-2 Uhr und 6-7 Uhr
A. Jandorf & Co.
Große Frankfurter Straße 113.

Geübte Arbeiterinnen

für unsere Zigarettenmaschinen gefucht. Auch zum Anlernen werden
Mädchen eingestellt.
Bosnia, Zigarettenfabrik,
Alexanderstr. 27.

Weibliches Hilfspersonal

für die Zigarettenindustrie wird eingestellt. 1292*
Zigarettenfabrik Garbáty
Pantow, Gädlichstraße.

Notenfrauen verlangt sofort Aus-
gabestelle Bismarck-Expedition 22.

Zeitungsaufträgerin sofort ver-
langt „Vorwärts“-Expedition Pantow,
Rühlensstraße 70.

Notenfrauen werden eingestellt
„Vorwärts“, Charlottenburg, Seien-
beimerstr. 1.

Zeitungsaufträgerin für einen
Bezirk im Zentrum der Stadt ver-
langt Lindenstraße 3 (Laden).

Zeitungsaufträgerin verlangt
„Vorwärts“-Expedition Schönberg,
Weiningerstraße 9.

Zeitungsaufträgerin für Weihen-
see sofort gefucht. „Vorwärts“-Ex-
pedition, Berliner Allee 11.

Zeitungsbote per 1. 7. 17 ver-
langt. „Vorwärts“-Ausgabestelle
Berlin-Nieder-Schöneweide, Brüden-
straße 10 II L, Umruh.

Auto-Reproduktions-Photograph
u. Positiv-Retoucheur für Maschinen-
retusche
Robert Veltzen
2792b Kaiserhofstraße 15.

Fahrpersonal
sucht Schutzhilf-Brauerei, Wälder-
felder Straße 11-17. 2736b*

Schlosser
verlangt 1472
Alex. Herman G. m.
b. H.,
Berlin-Tempelhof,
Kaiser-Wilhelm-Straße 10/11.

Schmiede
auf Heeresarbeiten (Kassenschmiede u.
andere), Schirmmeister (auch arbeits-
verwendungsfähig für die Heimat
und für einfache Arbeiten verlangt.
Alex. Herman G. m. b. H.,
Berlin N 20, Pankstr. 29.

Schmiede
auf Heeresarbeiten (Kassenschmiede und
andere), Schirmmeister für einfache
Arbeiten verlangt 1472
Alex. Herman G. m.
b. H.,
Berlin-Tempelhof,
Kaiser-Wilhelm-Straße 10/11.

Schmiede
auf Heeresarbeiten (Kassenschmiede und
andere), Schirmmeister für einfache
Arbeiten verlangt 1472
Alex. Herman G. m.
b. H.,
Berlin, Panstr. 29.

Gaundienner, Kräftige,
suchen Sieler & Vogel, Papiergroß-
handlung, Lindenstraße 43. 59/1*

Zimmerleute, Postengeselle
und Maurer
gefucht.
Rittergut Paulinenaue
50002* bei Namen.

Setzer und Maschinenmeister
verlangt Adolf Zumppe,
27915* Chausseestr. 42.

Zuschläger und
Stockgesellen
sofort gefucht. 56/2*
Schulz & Holdelais, Bismarckstr. 13.

Perfekter Monteur
für H. R. Zigarettenmaschinen sofort
verlangt. Klaus, Königsstr. 5.
2786b

Arbeiterinnen
für Holzbearbeitung von Munition-
kästen lauft
Wolke, Invalidenstr. 141.

Flaschenspülerin
verlangt Offenberger
Roedel & Vetter,
Alexanderstr. 22.

Kaufmädchen
sofort gefucht. 48992*
Alexis Kellner G. m. b. H.,
Berlin NW. 87,
Kaiserin-Augusta-Allee 101.

Dreherinnen
für sofort gefucht; auch werden
solche angeleert. 1442*
Deutsche
Motoren-Baugesellschaft,
Berlin-Marienfelde,
Straße 94 (neben Eiko-Film).

Fantasiefedern.
Tüchtige, geübte Bleifederherinnen
und Binderinnen in und auferm
Land verlangt A. u. N. Frey-
stadt, Kommandantenstr. 77/78.

Arbeiterinnen
kräftige, zum Kohlenpressen,
Lötnerinnen
für Zinkhülsen, 53/11*
Lötnerinnen
für Batterien, sucht
Batterie-Zeiler
Rungestraße 20.